



Dieter Klein

Zukunft statt »Reformen«: Arbeit für alle

Ein realistisches Konzept

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 14

Rosa-Luxemburg-Stiftung

DIETER KLEIN

Zukunft statt »Reformen«:

Arbeit für alle

Ein realistisches Konzept

Karl Dietz Verlag Berlin

Dieter Klein: Zukunft statt »Reformen«: Arbeit für alle. Ein realistisches Konzept
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 14)
Berlin: Dietz, 2004

ISBN 3-320-02953-3

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2004

Satz: Jörn Schüttrumpf

Umschlag unter Verwendung einer Aufnahme von Uwe Nawrath

Umschlag, Druck und Verarbeitung:

MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Gesellschaft am Scheideweg	8
Gegensätzliche Wege in das 21. Jahrhundert	9
Der neoliberale Weg und seine Mythen	11
Die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie	18
Entzivilisierter Kapitalismus	19
Emanzipatorische Reformalternativen	21
Der Arbeit ein menschliches Maß – sozialökologischer Umbau der Arbeitswelt	
Wachstum – die Sache mit den zwei Haken	24
Wirtschaftspolitik für mehr existenzsichernde Arbeitsplätze	27
Beschäftigungswirksame Wachstumsfelder	40
Arbeitszeitverkürzung und gerechte Umverteilung von Arbeit	45
Solidarische Ökonomie von unten	51
Öffentlicher Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung	51
Arbeit und Bildung	56
Fazit	58

Eine der großen Epidemien unserer Zeit heißt Arbeitslosigkeit. Die meisten von denen, die noch Arbeit haben, stehen unter Leistungsstress. Sie nehmen verschlechterte Arbeitsbedingungen und Überstunden hin, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Sie ziehen der Arbeit hinterher. Sie unterwerfen ihr familiäres Leben den Zwängen des Arbeitsmarkts oder verzichten gleich ganz auf dauerhafte Partnerschaften und Kinder. Angst ist Teil ihres Lebens. Millionen andere suchen vergeblich nach Arbeit. Sie werden zu Drückebergern erklärt, die sich jeder Zustimmung zu unterwerfen hätten.

Wie kann der Weg aussehen, der Millionen Arbeitslose wieder in Arbeit bringt und den noch Beschäftigten die Angst nimmt, in die Arbeitslosigkeit abzustürzen? Viele haben längst den Glauben daran aufgegeben, dass es überhaupt möglich ist, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Dies aber ist falsch: Eine Vollbeschäftigung neuer Art ist möglich. Sie ist keine weltfremde Utopie und kein leerer Traum. Sie ist aber weder als Rückkehr zum sog. Normalarbeitstag männlicher Familiernährer noch als Fortsetzung jetziger Wirtschafts- und Sozialpolitik zu haben. Sie verlangt Aufbruch zu neuen Ufern.

Die Massenarbeitslosigkeit wird nur dann zurückgedrängt werden, wenn ein Doppeltes zugleich gelingt: Nahe liegende Schritte, die zu mehr existenzsichernden Arbeitsplätzen führen können, sind mit einem neuen Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung zu verbinden. Das heute Mögliche auf dem Arbeitsmarkt und zur Stabilisierung der Sozialsysteme wird zu dauerhaften Erfolgen nur führen, wenn es mit der Wahl eines anderen Entwicklungspfades der Gesellschaft als Ganzes verbunden wird. Ein Richtungswechsel der Politik ist nötig.

Deshalb beginnt diese Schrift über eine neue Arbeitspolitik nicht mit Arbeitszeit- oder Steuerpolitik, handelt nicht gleich von Lohnnebenkosten oder Abbau von Überstunden, sondern zunächst von dem Zustand unserer Gesellschaft, von dem Scheideweg, an dem sie sich befindet und an dem auch über die Zukunft der Arbeit entschieden wird.

»Man weiß nicht, ob es angesichts eines andauernden, nicht zu behebenden und wachsenden Mangels an Arbeitsplätzen lächerlich ist oder eher grausig, jedem der nach Millionen zählenden Arbeitslosen eine »nachweisbare und ständige Suche« vorzuschreiben (und zwar an jedem Werktag jeder Woche, in jedem Monat Jahr für Jahr) – nach einer Arbeit, die es nicht gibt. Ihn zu verpflichten, tagelang, wochenlang, monatelang und manchmal über Jahre hinweg seine Zeit damit zu verbringen, sich täglich, jede Woche, jeden Monat und jedes Jahr vergeblich anzubieten – ein Unterfangen, das die Statistiken ihm bereits im voraus als aussichtslos erklären.«

VIVIANE FORRESTER
1997: 17

Gesellschaft am Scheideweg

Das Leitbild vom sich selbst vermarktenden Menschen

Das Leitbild des Menschen, das sich in der westlichen Welt mehr und mehr durchsetzt, ist der sich selbst vermarktende flexible Mensch, der sich als Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens, des nationalen Standorts, des Standorts Europa oder einer anderen beliebigen Region der Erde unterzuordnen hat. Der Beitrag der oder des einzelnen zur Kapitalrendite ist das Maß, an dem sich die Menschen in nahezu allen Sphären ihres Lebens messen lassen sollen. Dieses Leitbild beruft sich auf Freiheit und fordert die Unterordnung unter das Kapital. Dies ist auch das Maß, nach dem Millionen Arbeitsplätze als nicht rentabel genug bewertet und daraufhin abgebaut werden. Existenzsichernde Arbeitsplätze werden durch Computer, Maschinen und 400-Euro-Jobs ersetzt, die sich für die Unternehmen besser »rechnen«. Die Beschäftigung von Menschen in der öffentlichen Daseinsvorsorge ist oft nicht oder nur wenig profitabel für privates Kapital. Die Begrenzung oder sogar der Abbau der Beschäftigung im Gesundheitswesen, in Pflege, Kultur, Schutz der Umwelt, Betreuung von Jungen und Alten ist die Konsequenz der herrschenden Kapitallogik.

Das Leitbild des Menschen als Kapitalanhang funktioniert nicht – jedenfalls nicht für die Wohlfahrt der Menschheit und nicht für die Lösung des Arbeitslosenproblems. Der Journalist Dirk Kurbjuweit fragt deshalb in seinem Buch »Unser effizientes Leben« polemisch, ob denn tatsächlich »alles nach den Prinzipien des Kapitalismus funktionieren soll, also vorrangig nach dem Diktat von Effizienz, weil Effizienz die monetär größten Gewinne verspricht. Muss ein Krankenhaus geführt werden wie eine Stahlschmiede? Soll ein Theater die gleiche Struktur haben wie ein Kaufhaus? Ist eine politische Wahlkampagne mehr oder weniger das Gleiche wie ein Werbefeldzug für ein Deodorant? ... Muss ich mich durchökonomisieren wie ein Unternehmen, muss ich zur Ich-AG werden, um den Anforderungen unserer Zeit zu genügen?« (KURBJUWEIT, 2003: 14) Oder wollen wir nicht doch die Zeit nach unseren – menschlichen – Anforderungen und Erwartungen umgestalten?!

In der hier vorgelegten Schrift werden die von Kurbjuweit kritisch formulierten Fragen kategorisch verneint. Hier wird ein anderes Leitbild verfochten:

Der Mensch, der ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit und Frieden führen kann, weil für jede und jeden sozial gleiche Teilhabe an elementaren Lebensbedingungen errungen wird. Das wäre ein Leben in einer gerechten Gesellschaft, die durch Freiheit, soziale Gleichheit und Solidarität bestimmt ist.

Ein alternatives Leitbild

Diese Vision klingt illusionär und ist doch der Wunsch der Mehrheit der Menschen in unserem Land. Sie scheint unmöglich und ist doch realistisch. Sie erscheint bestenfalls als ferne Utopie und wird doch gebraucht bei konkreten Reformen der nächsten Jahre. Die politische Tagesordnung stellt die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands unausweichlich vor Alternativen, auch wenn es heißt, es gäbe keine Alternativen, sondern nur Sachzwänge. Im Namen von Freiheit wird eine Diktatur der Sachen über Menschen verkündet. Jeder Schritt, den die Politik in diesem Land geht, ist aber ein Schritt in eine bestimmte Richtung. Wir müssen uns gemeinsam über diese Richtung und über die möglichen und notwendigen Schritte verständigen, damit nicht über uns bestimmt und gegen uns entschieden wird.

»Ihr steht und sagt:
Warum?
Aber ich träume
und sage:
Warum nicht?«
GEORGE
BERNARD SHAW

Gegensätzliche Wege in das 21. Jahrhundert

In unserer Zeit gabeln sich die Wege, die über die Zukunft entscheiden. Wir sind an einer Wegscheide der Geschichte. Der sozialstaatlich gebändigte Kapitalismus der reichen Industrieländer der Nachkriegsjahrzehnte geriet schon in den siebziger Jahren in die Krise. Der Traum von der immerwährenden Prosperität und vom sozialen Charakter der Marktwirtschaft platzte. Diese Krise und das Ende des Staatssozialismus haben zu einer tiefen historischen Zäsur in den nunmehr erdumspannend herrschenden kapitalistischen Gesellschaften beigetragen. Die Existenz des Staatssozialismus hatte der westlichen Welt bis 1989 begrenzte Zurückhaltung beim Einsatz militärischer Gewalt aufgenötigt. Die äußere Gegenmacht hatte Befreiungskämpfe in den so genannten Entwicklungsländern

»An den Scheidewegen des Lebens stehen keine Hinweisschilder.«
CHARLY CHAPLIN

und soziale Reformen in den kapitalistischen Industrieländern begünstigt. Nun aber erleichtert das Verschwinden des Staatssozialismus dem Kapitalismus, sich sozialstaatlichen Korrekturen immer mehr zu entziehen und in seinen Zentren, vor allem in den USA, imperiale Interessen zu verfolgen.

»... der Widerstand gegen den Kommunismus bildete den Grundzug praktisch aller geopolitischen Strategien und Sozialpolitiken, die der Westen seit dem Zweiten Weltkrieg entworfen hat. Der Marshallplan etwa war in erster Linie dazu gedacht, Westeuropas Widerstandskraft gegen die Ausbreitung der kommunistischen Idee zu stärken. Dieselbe Zielrichtung hatten McArhurs Konzept zum gesellschaftlichen und ökonomischen Wiederaufbau Japans und Trumans Entscheidung des Jahres 1947, Griechenland und der Türkei massive Wirtschaftshilfe zukommen zu lassen. ... Das Eintreten der USA für ... Entwicklungshilfe war teilweise uneigennützig, aber hauptsächlich durch den Kampf gegen den Kommunismus motiviert.«

AL GORE, ehemaliger US-Vizepräsident, 1992: 269

Entwicklungswege im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert¹



1 Die für die Mehrheit der Menschen entscheidende Frage nach ihren Auswegen aus ökonomischer Unterentwicklung, aus sozialer Not und Abhängigkeit von der westlichen Welt gehört nicht zu unserem Untersuchungsgegenstand. Allerdings sind die Chancen der so genannten Entwicklungsländer hochgradig von den Wegen abhängig, die in den Industrieländern eingeschlagen werden.

Als Reaktion auf die Krise des sozialstaatlichen Nachkriegskapitalismus bildeten sich konkurrierende Wege heraus, die jede für sich die Lösung der angestauten Probleme versprachen. Diese Wege sind:

- der neoliberale Weg als die vorherrschende Entwicklungsrichtung des gegenwärtigen Kapitalismus
- die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie
- der entzivilisierte Kapitalismus als drohende Gefahr.

Weil aber alle diese Wege mit hohen sozialen Verlusten, dem Abbau der Demokratie, der ökologischen Krise und militärischen Bedrohungen verbunden sind, entwickeln neue soziale Bewegungen und politische Kräfte im Widerstand gegen sie und in der Suche nach einer anderen Welt

- emanzipatorische Reformalternativen.

Der neoliberale Weg und soziale Mythen

Der Neoliberalismus ist vor allem durch Marktradikalismus gekennzeichnet. Sozialstaatliches Handeln wird zurückgedrängt und die soziale Bändigung des Marktes zurückgenommen. Als oberstes Prinzip gilt, dass die Angebotsstärke vor allem der international operierenden Konzerne und Banken zu fördern ist – zum Wohle ihres Profits und zu Lasten der Lohnabhängigen und sozial Schwächeren.

200 transnationale Unternehmen bringen 27,5 Prozent des Weltbruttosozialprodukts hervor. Ihr Umsatz übertrifft den Gesamtumsatz aller anderen Volkswirtschaften mit Ausnahme der 10 ökonomisch führenden Länder. Gemessen am Umsatz von Weltunternehmen und am Bruttoinlandsprodukt von Nationalstaaten zählen zu den 100 größten Wirtschaften der Welt 51 Konzernimperien und 49 Volkswirtschaften. (INSTITUTE FOR POLICY STUDIES, 2001)

Nur 5 Prozent der Amerikaner vereinen 60 Prozent des nationalen Reichtums auf sich. Die 13.000 reichsten Familien der USA verfügten 1998 über fast ebensoviel Geld wie die 20 Millionen ärmsten Haushalte. Die Jahresgehälter der Spitzenmanager der 100 größten US-Unternehmen betragen 1999 durchschnittlich 37,5 Millionen Dollar, mehr als den tausendfachen Lohn eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. (KRUGMAN, 2002)

Soziale Klüfte

Nach UNDP-Angaben überstieg der Besitz von 358 Milliarden bereits 1996 das Gesamteinkommen der Länder mit den ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung. Der World Food Report für 2002 weist aus, dass in diesem Jahr 36 Millionen Menschen verhungerten. Die Zahl der extrem Armen wird von der Weltbank mit 2,81 Milliarden angegeben.

Wettlauf

Hat man viel,
so wird man bald
noch viel mehr dazu
bekommen.
Wer nur wenig hat,
dem wird
auch das wenige
genommen.

Wenn du aber
gar nichts hast,
ach, so lasse dich
begraben –
Denn ein Recht
zum Leben, Lump,
haben nur die
etwas haben.
HEINRICH HEINE

Ein Gefühl der Ohnmacht

In der Bundesrepublik wurde beginnend mit den achtziger Jahren der Verteilungskompromiss der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg von den Unternehmerverbänden, von FDP und CDU/CSU aufgekündigt. Druck auf die Löhne, Ausweitung des Niedriglohnsektors, Senkung der Sozialausgaben, Schwächung der Gewerkschaften und Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, Steuersenkungen vor allem für das Großkapital und Lockerung ökologischer Verpflichtungen markieren das antisoziale Gesicht des neoliberal geprägten Kapitalismus. Tiefe soziale Klüfte sind die Folge.

Deutschland hat 33 Milliarden. 150.000 Haushalte (0,5 Prozent aller Haushalte) verfügen über rund ein Sechstel des gesamten Nettogeldvermögens. 3,8 Millionen oder zehn Prozent aller Haushalte konzentrieren ein Geldvermögen von rund vier Billionen auf sich. Die ärmsten 25 Prozent der deutschen Haushalte haben überhaupt kein Geldvermögen. Sie sind mit 1,5 Prozent vom Nettogeldvermögen verschuldet. 1,1 Million Kinder leben nach Regierungsangaben unterhalb der Armutsgrenze. (MERILL LYNCH, 2000; BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, 2001)

Ermutigend für das Mühen um alternative Entwicklungen ist, dass sich die Mehrheit der Deutschen keine Illusionen über die sozialen Perspektiven im neoliberalen Kapitalismus macht. Ein Grundgefühl hat sich in den letzten Jahren verbreitet – stärker als zuvor: dass wir in einer ungerechten Welt leben, dass die Kluft zwischen Reichen und Armen noch tiefer werden wird und die Gefahren durch Kriege und Zerstörung der Umwelt noch größer.

Weniger ermutigend ist der Glaube eines großen Teils der Bevölkerung, dass nichts Anderes übrig bleibe, als marktradikale »Reformen« hinzunehmen, die den Lohnabhängigen und sozial Schwächeren tief in die ohnehin oft fast leeren Taschen greifen und den Großakteuren auf den internationalen Märkten reichlich geben.

Ein Ohnmachtsgefühl hat sich ausgebreitet. Eine Befragung von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Metall lässt das deutlich erkennen. »Und jeder hat ja Angst, und jeder duckt sich, keiner beharrt auf seinem Recht. Also für die Unternehmer ist das ein paradiesischer Zustand.« »Wie willst du offensiv werden, wenn du 5 Mil-

lionen Arbeitslose hast.« »Natürlich wissen wir auch, dass wir unseren Standort nicht dadurch garantieren, dass wir besonders kooperativ sind. Aber wir verfahren schon nach dem Motto: Wir wollen sie nicht ... provozieren, dass wir nicht das nächste Beispiel (einer Betriebs-schließung – D.K.) werden. ... Aber damit vertreten wir auch die Interessen der Kolleginnen und Kollegen.« (BERGMANN/BÜRCKMANN/DABROWSKI, 2002: 17, 20, 61)

Dieses Ohnmachtsgefühl ist die eigentliche Katastrophe. Es blockiert alternatives Denken und Handeln. Und doch scheint dies nicht unveränderbar zu sein. In einer repräsentativen Befragung stimmten 58 Prozent der befragten Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen der Auffassung zu, dass die Gesellschaft sich künftig grundlegend verändern müsse. Und immerhin 37 Prozent der Westdeutschen und 47 Prozent der Ostdeutschen behaupten zumindest, dass sie sich für gesellschaftlichen Wandel engagieren würden, wenn es sich lohne, wenn sie die Aussicht auf Erfolg erkennen würden (vgl. Näheres in: KLEIN, 2003: 283 ff.).

Doch die Mehrheit der Deutschen glaubt nicht an die Chance von Alternativen. Sie ist den Mythen des Neoliberalismus erlegen, die täglich über die Medien auf sie einstürzen.

Mythos Nr. 1: Die Lohnnebenkosten für die Unternehmer (das heißt vor allem deren Beiträge zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme) seien zu hoch und würden ihre Wettbewerbsstärke unerträglich belasten. Sie müssten gesenkt werden – mit der Folge der Einschränkung sozialer Leistungen und erhöhter Belastungen für die Arbeitnehmer, die die Minderleistungen der Unternehmer durch private Versicherung ausgleichen sollen.

Dieses Lohnnebenkostenargument geht vollständig daneben. Entscheidend für die internationalen Wettbewerbspositionen sind weder die Höhe der Stundenlöhne noch die der Lohnnebenkosten. Abgesehen davon, dass Qualität und Service oft wichtiger als der Preis sind und dass die Lohnkosten nur einer der Preisbestandteile sind, ist das Entscheidende die Höhe der Lohnkosten (einschließlich der Sozialbeiträge der Unternehmer) pro Stück, das heißt ihre Höhe im Verhältnis zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Und der Anstieg die-

Wie stellen Sie sich unsere Gesellschaft in 10 Jahren vor? (Wahlberechtigte deutsche Bevölkerung, in v. H.)

	trifft zu
• Die Gesellschaft wird kälter, egoistischer.	71
• Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.	70
• Geld wird immer wichtiger.	68
• Nur die Starken werden sich durchsetzen.	54

INST. FÜR DEMOSKOPIE
ALLENSBACH, in:
Frankfurter Allgemeine
Zeitung, 16. August 2000.

Der Mythos von zu hohen Lohnnebenkosten

ser Lohnstückkosten – gemessen in der jeweiligen Landeswährung – ist in Deutschland seit über 20 Jahren geringer als in allen anderen Industrieländern mit Ausnahme Japans und, in den letzten Jahren, Österreichs. Dies erklärt u. a. auch die starken Steigerungen deutscher Exporte bei gleichzeitiger Stagnation der Binnennachfrage.

*Anstieg der nominalen Lohnstückkosten
im internationalen Vergleich 1980 bis 2000
in Landeswährung*

	Zuwachs in
Italien	227,2
Großbritannien	140,4
Frankreich	82,9
USA	76,2
Deutschland	45,2
Japan	8,5

DGB-BERECHNUNGEN NACH ANGABEN DER EU-KOMMISSION; DGB-BUNDESVORSTAND 2001: 14

Deutschland gehört zu den Spitzenreitern in der Konkurrenz um niedrige Lohnstückkosten. Die Geschichte von den zu hohen Lohnnebenkosten hat nichts mit der volkswirtschaftlichen Realität zu tun. Sie ist ein neoliberaler Mythos.

Das heißt nicht, dass die Entwicklung der Lohnnebenkosten überhaupt kein Problem mit sich brächte. Nicht im volkswirtschaftlichen Durchschnitt, schon gar nicht für die Großunternehmen, wohl aber für viele kleine Unternehmen – vor allem in Ostdeutschland – sind die Lohnnebenkosten tatsächlich eine schwere Belastung. Doch die Lösung ist nicht in der Senkung der sozialen Leistungen zu suchen. Entlastende Steuer- und Förderpolitik für den Mittelstand müssen reagieren. Eine Finanzreform, die den Kommunen die Mittel für Investitionen und vielen Unternehmen vor Ort dadurch Aufträge sichert, würde die Lage kleiner Firmen erheblich entlasten.

Wechselseitige Verflechtung von Unternehmen in der Region im Verbund mit gestärktem Wissenschaftspotenzial vermag nach vielen Erfahrungen zur Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Lage beizutragen.

Die IG Metall ist unter anderem zu so genannten Investorentarifverträgen bereit, die in neu entstandenen Unternehmen erst schrittweise eine Heranführung der Entgelt- und Arbeitsbedingungen an das Flächenniveau erlauben. Zu erwägen wäre, ob dies auch für schon länger existierende, aber noch leistungsschwache Firmen realisierbar ist und durch weitere gewerkschaftliche Möglichkeiten eines differenzierenden betriebspolitischen Umgangs mit Flächentarifverträgen ergänzt werden kann.

Auf längere Sicht wäre arbeitsintensiven kleineren Unternehmen geholfen, wenn die Lohnnebenkosten nicht auf Grund der Lohnsumme in den Firmen, sondern als Wertschöpfungsabgabe in Abhängigkeit von der Leistungskraft der Unternehmen bestimmt würden (vgl. Seite 31).

Mythos Nr. 2: Die Unternehmenssteuern seien zu hoch in Deutschland. Sie müssten gesenkt werden. Herunter mit den Steuern also! Und wer hört das nicht gern – und übersieht allzu leicht, dass die dadurch entstehenden Einnahmelücken in den Staatshaushalten garantiert zu neuen Sparrunden führen, vor allem zu Lasten der sozial Schwächeren.

Aber mehr noch, die Aussage selbst ist falsch. Die reale Steuerbelastung der deutschen Unternehmen, die Steuerquote, liegt bei knapp über 20 Prozent und damit im unteren Drittel unter den Industrieländern. Die Story von der extremen Steuerbelastung deutscher Unternehmen ist erlogen. Freundlicher ausgedrückt: Sie ist ein Mythos. Aber sie hat einen praktischen Sinn, sie soll die weitere Senkung von Unternehmenssteuern legitimieren. Es steht wiederum auf einem anderen Blatt, dass Vieles dafür spricht, Existenzgründer und innovative kleine Unternehmen steuerlich zu entlasten – jedoch zu Lasten von Großvermögen, Großunternehmen und vor allem von spekulativen Kapitalgewinnen und nicht durch eine noch weitere Verminderung des Anteils von Steuern aus Vermögen und Unternehmensgewinnen am Gesamtsteueraufkommen.

Mythos Nr. 3: Der Standort Deutschland sei überfordert durch den ausufernden Sozialstaat. Dessen Sozialleistungen seien eine Hängematte für Faulenzer. Nicht

Die deutsche Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) startete 1965 mit rd. 32 % deutlich über dem Niveau der EU (28 %) und dem der OECD (27 %). 1981 unterschritt die deutsche Abgabenquote erstmals die der EU und blieb seitdem deutlich darunter. Im Jahr 2000 betrug die Differenz ca. 4 %-Punkte. Während die Abgabenquote der EU und der OECD kontinuierlich anstieg, blieb die deutsche seit 1977 relativ konstant um 37 %.

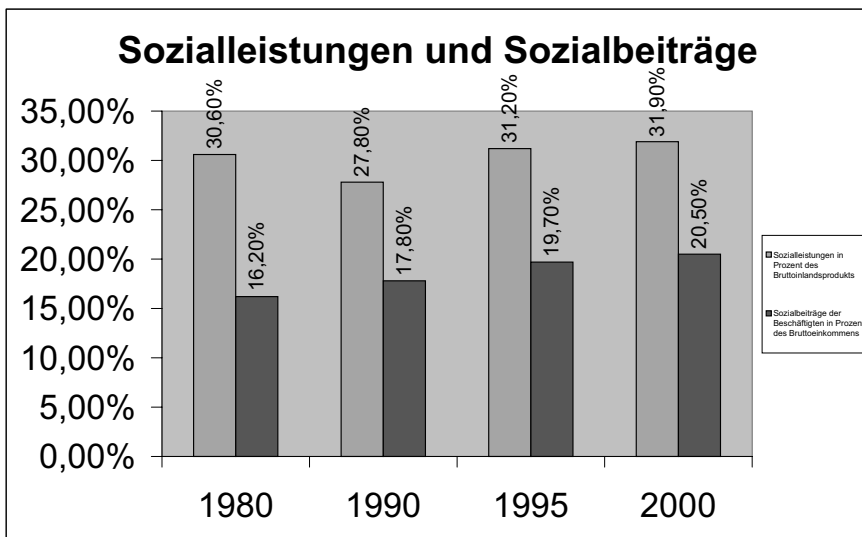
Der Hängematten-mythos

Das Wachstum der deutschen Abgabenquote betrug von 1965 bis 2000 6,3 %-Punkte. Es war damit etwa halb so groß wie das der EU- und OECD-Staaten und das zweitniedrigste nach den USA mit 4,9 %-Punkten.

HANS-ULRICH DEPPE, 2003: 9

Leistung, sondern Faulheit werde in Deutschland belohnt. Der Rückbau des sozialen Sicherungsnetzes und die private Vorsorge der Einzelnen anstelle staatlicher Überversorgung seien das Gebot der Stunde. Auf diesem Wege würden Arbeitslose zur Annahme auch schlecht bezahlter Arbeit gedrängt. Von Arbeitsplätzen, so muss hinzugefügt werden, die nicht da sind oder von denen keiner leben kann.

Wahr ist dagegen, dass der Anteil sozialstaatlicher Leistungen am Bruttoinlandsprodukt, die Sozialleistungsquote, seit 25 Jahren trotz der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit und der großen sozialen Probleme in den neuen Bundesländern nahezu gleich geblieben ist und in Westdeutschland im Jahr 2000 mit 29,6 Prozent sogar deutlich unter dem Niveau von Mitte der 70er Jahre liegt. Gleichzeitig wurden die Sozialkosten von den Unternehmen weg und zu den Lohnabhängigen hin verlagert. In der Folge steigen die Unternehmensgewinne wesentlich schneller als die Löhne.



QUELLE: SOZIALBUDGET 2001, BERECHNUNGEN VON VER.DI, 2003: 19

Für die Steigerung der Beitragssätze ist keineswegs eine übermäßige Steigerung der Sozialausgaben verantwortlich. Das Hauptproblem ist, dass die Arbeitslosigkeit von Millionen die Sozialhaushalte belastet, dass sich viele Superreiche aus deren Finanzierung zunehmend verabschieden und die Leistungen für viele Bedürftige sogar sinken.

Die Erzählung vom schlaffenartigen Sozialstaat Deutschland, dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit an den Wohltaten für die Faulen leide, ist ein neoliberaler Mythos, der mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Einzelbeispiele für den Missbrauch von Sozialleistungen ändern daran nichts. Das schließt ungelöste Probleme wiederum nicht aus. Die Diskrepanz zwischen dem Reichtum und Wohlstand der Einen und der Einkommensschwäche der Anderen – von Sozialhilfeempfängern, von Beschäftigten im Niedriglohnbereich und in geringfügiger Beschäftigung – bringt einen erheblichen Umfang der Schwarzarbeit hervor und fordert soziale Lösungen heraus.

Was lehrt der Blick auf neoliberale Mythen? Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einem angeblich unausweichlichen neoliberalen Entwicklungsweg resultiert aus dem suggerierten Eindruck, dass die harte ökonomische Wirklichkeit keinen anderen Ausweg als den von Opfern seitens der Mehrheit zugunsten der Konkurrenzkraft unserer international operierenden Wirtschaftsunternehmen erlaube. Nun aber stellt sich heraus, dass dieser angeblich einzige Ausweg nicht aus ökonomischen Zwängen folgt, sondern auf Mythen gründet, die die Wirklichkeit grotesk entstellen. Und es zeigt sich, dass diese Mythen der Umverteilung von unten nach oben dienen.

In Wahrheit wird diesen Mythen folgend bereits seit drei Jahrzehnten Druck auf Löhne und Lohnnebenkosten ausgeübt. Seit drei Jahrzehnten wird die Hauptsteuerlast den Lohnabhängigen aufgebürdet, und vor allem die Großunternehmen werden entlastet. Seit drei Jahrzehnten sind die sozialen Leistungen gemessen am Bruttoinlandsprodukt nicht gestiegen, sondern pro Kopf vielfach gesunken.

Die so genannte Reformpolitik der letzten Jahre untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die sozialen Sicherungssysteme, die öffentliche Daseinsvorsorge und die

In dem reichen zivilisierten Europa der 15 sind rund 35 Millionen Menschen oder 15 Prozent der EU-Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze dauerhaft von Armut bedroht (Europäische Kommission, 2003: 152, 153, 175). Nach dem Bericht der Europäischen Kommission »Die soziale Lage in der Europäischen Union« leben 40 Prozent der Arbeitslosen, 38 Prozent der Alleinerziehenden mit unterhaltsberechtigten Kindern, 32 Prozent der allein lebenden jungen Menschen, 24 Prozent der alleinstehenden Frauen und ein großer Teil der Paare mit 3 oder mehr Kindern mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Frauen haben häufiger als Männer ein derartiges niedriges Einkommen. Der Anteil der Kinder unter 16 Jahren in Haushalten mit einem Armutseinkommen liegt mit 19 Prozent um rund ein Viertel höher als der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung.

EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2003: 152, 153, 175

Rot-grüner Sozialabbau in Deutschland:

- Gesundheitsreform: Die Kostensenkungen im Gesundheitswesen sollen im Jahr 2004 9,9 Milliarden Euro betragen und 2007 23,1 Milliarden Euro erreichen, von denen in diesem Jahr die Versicherten durch Zuzahlungen und Wegfall von Kassenleistungen rund 20 Milliarden übernehmen sollen.

- Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau (345 Euro in Westdeutschland, 331 Euro im Osten). Damit steigt die Zahl der Sozialhilfebezieher von 2,8 Millionen auf 4,5 Millionen.

- Senkung der Unternehmerbeiträge zur Rentenversicherung auf Kosten der Arbeitnehmer, die sich verstärkt privat versichern sollen. Für 2030 ist die Senkung des Durchschnittsrentenniveaus von derzeit 53 auf 43 % des durchschnittlichen Nettoeinkommens vorgesehen.

- Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 36 auf 12 bis 18 Monate.

wirtschaftliche Entwicklung. Gerade auch jene, die relativ gut verdienen, sind von der Furcht vor weiteren Verschlechterungen und angesichts wachsender Unsicherheit dazu übergegangen, möglichst viel zu sparen. Dies hat die private Binnennachfrage zusätzlich geschwächt.

Das Resultat dieser Entwicklung ist ein Kapitalismus, der in rasch aufeinander folgenden Schüben den Sozialstaat aushöhlt und die Lohnabhängigen noch stärker als bisher den Profitinteressen im flexiblen Kapitalismus unterwirft. Dieser Weg hat keine Lösung des Arbeitslosenproblems, sondern seine Verschärfung gebracht. Er hat zugleich dazu geführt, dass Deutschland beim Wirtschaftswachstum ein Schlusslicht in der Europäischen Union ist. Es gibt nicht den geringsten Grund, sich einem Kurs weiter zu unterwerfen, der die Probleme selbst hervorbringt und weiter verschärft, die er angeblich lösen soll.

Die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie

In den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts begannen sich die Wählerinnen und Wähler nach rund zwei Jahrzehnten der Erfahrungen mit dem neoliberalen Entwicklungsweg des Kapitalismus von diesem Pfad abzuwenden. Zu groß waren die sozialen Verluste, zu deutlich die wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut, zu düster die Aussicht auf die Zukunft.

Erneut schien die Stunde der Sozialdemokratie zu schlagen. Die sozialdemokratischen Parteien versprachen, die Anpassung an die globalen Weltmarktzwänge im Namen der Modernität zwar fortzusetzen, dabei jedoch soziale Standards auf veränderte Weise zu bewahren. Dritte Wege zwischen diesen beiden Polen sollten beschränkt werden. Damit gewannen sie in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Regierungsmacht in den meisten westeuropäischen Ländern zeitweilig zurück. Doch der Balanceakt zwischen Unterwerfung unter die Weltmarktmechanismen und der Teilerneuerung bereits erreichter politisch-sozialer Standards ist misslungen. In diesem Spagat nimmt die Gerechtigkeit so nachhaltigen Schaden, dass der Unterschied zwischen dem Projekt Dritter Wege und dem des Neoliberalismus immer mehr verschwindet. Die Sozialdemokratie ist dabei, sich in ra-

schem Tempo von dem Anspruch sozialer Integration auch der Schwächeren in die Gesellschaft zu verabschieden. Auch unter sozialdemokratisch geführten Regierungen stehen die Zeichen auf Ausschluss.

Die Folge war, dass sich die Wählermehrheiten in Westeuropa und in den USA seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre abermals den marktradikal orientierten bürgerlichen Parteien zuwendeten, die sie gerade erst abgewählt hatten. Damit ist eine große Gefahr entstanden:

- Kürzung der Ausgaben für Weiterbildung, Teilhabebewilligung nur bei 70 % Vermittlungswahrscheinlichkeit.
- Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien bei Neuaufnahme von Arbeit unter Androhung größerer Leistungskürzungen.

Entzivilisierter Kapitalismus

Extrem konservative und autoritäre Kreise könnten gegenwärtig bereits wirkende bedrohliche Entwicklungstendenzen nutzen und sie zu einer noch radikaleren Abkehr von den Zivilisationsgewinnen der bürgerlichen Gesellschaft vorantreiben.

Der Versuch der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, mit militärischen Mitteln und mit ökonomischer und politischer Erpressung die Welt neu zu ordnen und um ein neues Imperium der USA zu gruppieren, mündet in die antizivilisatorische Anmaßung so genannter Präventivkriege und zerstört das Völkerrecht. Diese imperiale Politik birgt im Verein mit einer Weltordnung, in der nach Angaben der Weltbank 2,81 Mrd. Menschen in extremer Armut leben, die Gefahr eines Rückfalls in gefährliche Denk- und Verhaltensmuster. Eine Eskalation von blutiger Gewalt, verblendeten Fehlwahrnehmungen und Feindbildern droht. Die Welt erscheint wie in Zeiten des Kalten Krieges als zweigeteilt zwischen Ungläubigen und Erleuchteten, zwischen dem schlechthin Bösen und dem makellosen Guten, zwischen Schurken und Lichtgestalten.

Das Einfallstor für populistische Politik und Rechtsextremismus ist geöffnet. In Italien stützt sich der wegen Korruption rechtskräftig verurteilte Medienzar Silvio Berlusconi auf eine Koalition unter Beteiligung der neofaschistischen Alleanza Nazionale Rechtspopulistische Parteien sind in Österreich und Dänemark an der Regierung beteiligt. In Frankreich, in den Niederlanden und in der Schweiz existieren starke rechtspopulistische Strömungen. In Deutschland sind über 100 Todesfälle durch rechtsextreme und neofaschistische Gewalt zu beklagen.

- Lockerung des Kündigungsschutzes in Betrieben bis zu zehn Beschäftigten.

US-Militärausgaben in Mrd. Dollar

1989	361,5
1994	285,2
1999	254,6
2001	310,0
2002	343,0
2003	369,0 ¹
2004	469,0 ¹

1 Planung der US-Regierung

QUELLE: INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN (BICC): CONVERSION SURVEY 2001 UND 2002.

Die Korruption entwickelt sich zu einem globalen Sumpf. Der Weltumsatz des organisierten Verbrechens wird auf mehr als 1,5 Billionen Dollar geschätzt (WILLMAN, JOHN, 2001: 16).

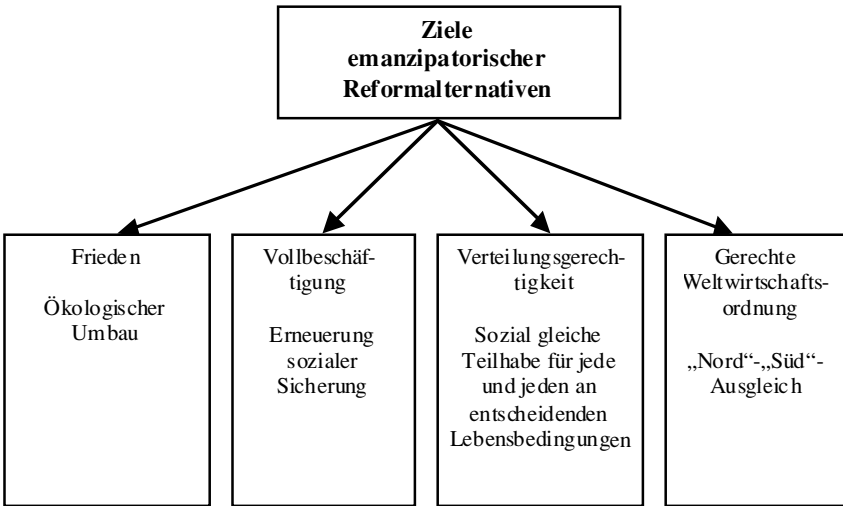
Ein Rückfall in einen noch weiter als gegenwärtig sozial entbändigten Kapitalismus mit starken Zügen autoritärer Herrschaft, internationaler Militarisierung, rechts-extremer Entwicklung und dem Zuwachs mafioser Macht ist nicht auszuschließen.

Die Begrenztheit des Neoliberalismus und die der Dritten Wege im Umgang mit den großen globalen und innergesellschaftlichen Problemen, die aus ihnen folgenden Spannungen und die Gefahr, dass daraus ein weitgehend entzivilisierter Kapitalismus erwachsen könnte, fordern Alternativen heraus:

Wer will
Dass die Welt
So bleibt
Wie sie ist
Der will nicht
Dass sie bleibt.
Aus: ERICH FRIED: Lebensschatten

Emanzipatorische Reformalternativen

Welche Alternativen gibt es zu den gegenwärtig bestimmenden oder drohenden Entwicklungsrichtungen, die eine menschenwürdige Zukunft nicht sichern werden? Was können die Konturen einer »Guten Gesellschaft« sein, einer Gesellschaft, in der jeder und jede selbstbestimmt und solidarisch leben kann?



Zukunftsfähige Vorstellungen über den Umbau der Arbeitswelt können nur in der Annäherung an Antworten auf diese Frage nach den Grundqualitäten einer gerechten Gesellschaft, nur auf der Suche nach einer anderen Grundrichtung gesellschaftlicher Entwicklung wirkungsmächtig werden. Eine neue Vollbeschäftigung ist innerhalb der gegenwärtigen Ausrichtung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht möglich. In der hier vorgelegten Schrift wird gezeigt, wie ein Richtungswechsel neue Chancen für eine andere Art der Vollbeschäftigung hervorbringt. Es geht darum, Politikangebote zu formulieren, die diese Richtung tragen könnten. Zu fragen ist nach dem gesellschaftlichen Rahmen alternativer Arbeitspolitik.

Erstens: Eine gerechte Gesellschaft muss Wege zur Ächtung von Kriegen finden und einen ökologischen

Umbau zuwege bringen. Nicht unkontrolliertes Wachstum um jeden Preis, nicht Expansion und Krieg im Dienst der Ressourcensicherung werden die Mittel zur Überwindung von Hunger und Armut in der Welt und zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit hervorbringen. In das Zentrum einer Ökonomie des Friedens zwischen den Staaten und mit der Umwelt wird rücken, dass die Effizienz – die Ergiebigkeit – im Umgang mit Naturressourcen wesentlich schneller als die Produktion und das Bruttoinlandsprodukt steigen muss. Allerdings – dies wären Wege in eine andere Welt. Es geht um einen neuen Wachstumspfad, den einer Effizienzrevolution.

Zweitens: Eine gerechte Gesellschaft darf nicht versuchen, Menschen durch die Auflösung sozialer Sicherungsnetze und durch Rücknahme von Arbeitnehmerrechten zur Beschäftigung unter unsicheren Niedriglohnbedingungen zu zwingen. Sie muss das Zurückdrängen der Arbeitslosigkeit auf neuen Wegen mit der Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme verbinden: Existenzsichernde Arbeit für jede und jeden in sozialer Sicherheit – das sollte leitend für eine neue Arbeitspolitik sein. »Leben statt gelebt zu werden« – dafür sollen Grundlagen in der Arbeitswelt geschaffen werden. Allerdings – eine solche Stellung des Menschen in der Gesellschaft läuft auf die Überwindung der Profitdominanz hinaus.

Drittens: Eine gerechte Gesellschaft muss die extremen sozialen Klüfte überwinden, die ihren sozialen Zusammenhalt bedrohen, die einer egoistischen Abwendung von der Gemeinschaft Anlass und der Kriminalität und dem Extremismus einen Nährboden bieten.

Emanzipatorische Alternativen beruhen auch darauf, dass die gegenwärtige Umverteilung von unten nach oben umgekehrt wird. Sie werden eine Umverteilung zu Lasten der Kapitalimperien und Großvermögen zu Gunsten der Finanzierung eines neuen Systems der Arbeit, des ökologischen Umbaus der Gesellschaft, der Erneuerung der Sozialsysteme und für die Hungernden in großen Teilen der Erde einschließen müssen.

Solche Veränderungen würden zu sozial gleicher Teilhabe für jede und jeden an elementaren Lebensbedingungen führen: an Entscheidungen im Gemeinwesen, an existenzsichernder Arbeit, an Bildung, Information und

Kultur, an Gesundheitsleistungen und sozialer Sicherung. Erst die Teilhabe an diesen Gütern gibt den Einzelnen die Freiheit, über ihr Leben selbst zu bestimmen. Diese Güter sind daher Freiheitsgüter. Allerdings – die Verbindung von Freiheit und Gleichheit stellt alle Herrschaftsverhältnisse in Frage, die auf sozialer Ungleichheit beruhen.

Viertens: Eine gerechte Gesellschaft wird die Arbeitsplätze nicht durch Exportoffensiven der ökonomisch starken in die ökonomisch schwächeren Länder sichern und ausweiten. Nur eine Weltwirtschaft in gleichberechtigter Kooperation der Beteiligten mit ausgeglichenen Handelsbilanzen vermag internationale ökonomische Stabilität und Frieden hervorzubringen. Die Unterstützung der ärmeren Länder durch die reichen liegt im »umwegigen Eigennutz« (GEORG VOBRUBA) der reichen Länder selbst. Allerdings – dies läuft auf den Abbau der Herrschaft des »Nordens« über den »Süden« hinaus.

Die einen bezeichnen die von ihnen erstrebte gerechte Ordnung als eine Gesellschaft der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Andere wie die Befreiungstheologen in Lateinamerika sprechen vom »Weg Gottes auf Erden«. Wiederum andere nennen sie demokratischen Sozialismus.

Wie auch immer die Bezeichnung einer künftigen menschlichen Gesellschaft und des Weges dorthin: Der Vorhang ist gehoben für unseren Blick auf die größeren Zusammenhänge, in die jede Politik – ob Arbeits-, Sozial-, Umwelt- oder Bildungspolitik – eingebettet ist.

Eine alternative Arbeitspolitik wird auf dem Weg in eine gerechte Gesellschaft zu suchen sein, deren Inhalt durch Freiheit, Gleichheit und Solidarität bestimmt ist.

Arbeitspolitik existiert nicht »an sich«. Sie ist entweder ein Teil neoliberal orientierter Politik, trägt Züge neosozialdemokratischer Dritter Wege oder kann als Bestandteil von Alternativen für eine andere gerechte Welt formuliert werden. Wenn wir uns zunächst kritisch der Auffassung zuwenden, Arbeitslosigkeit könne durch eine einfache Steigerung des bisherigen Wachstums überwunden werden, wird diese Einbettung sofort zutage treten.

Der Arbeit ein menschliches Maß – sozial-ökologischer Umbau der Arbeitswelt

Wachstum – die Sache mit den zwei Haken

SPD und Grüne halten ebenso wie FDP und CDU/CSU eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums für den Schlüssel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Und auf den ersten Blick scheint das einleuchtend: Die Wirtschaft muss einfach so stark wachsen, dass alle im Arbeitsprozess gebraucht werden.

Das Problem ist nur: seit mehr als 3 Jahrzehnten sinken die Wachstumsraten, statt zu steigen.

Durchschnittliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der großen Industrieländer, 1950 bis 2000

	1950-59	1961-70	1971-80	1981-90	1991-2000
USA	3,2	3,8	2,8	2,6	2,6
BRD	7,8	4,4	2,7	2,2	2,2
Japan	9,5	10,5	4,5	4,0	1,3
EWG/EU	5,2	4,8	3,0	2,4	2,0
G7	5,7	5,5	3,3	2,7	1,8

QUELLEN: EICHENGREEN/KENEN 1994: 22; EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT, 2000 NR. 66: 252f; HUFFSCHMID, 1999: 111

Diese Wachstumsschwäche ließe sich jedoch nach der vorherrschenden neoliberalen, das heißt marktradikalen Lehre ändern, wenn die deutschen Unternehmen entschieden geringere Kosten hätten. Dann würden sie sich größere Marktanteile im globalen Wettbewerb erobern, sagt man. Die Gewinne stiegen an. Investitionen würden neue Arbeitsplätze schaffen, und Wohlstand für alle würde einkehren im glücklichen Standort Deutschland.

Aber die Sache hat nicht nur einen Haken, sondern mindestens zwei. Der erste ist, dass nicht nur die deutschen Unternehmen nach diesem Konzept handeln. Das

Untergrabung der Nachfrage

Resultat dieses Umstandes ist dem vergleichbar, das ein Zuschauer erzielt, der aufsteht, um den Vorteil besserer Sicht zu erreichen, und ihn sofort verliert, wenn alle anderen das gleiche tun. Rund um die Erde wird Druck auf die Löhne ausgeübt, wird der Niedriglohnsektor ausgeweitet, wächst die Zahl wenig oder gar nicht geschützter Arbeitsplätze und vollzieht sich eine Lockerung des Kündigungsschutzes, oder er wird in armen Ländern gar nicht erst eingeführt.

In den Industrieländern findet ein forciertes Wettlaufen um die Senkung der Lohnnebenkosten statt, das heißt vor allem um die Verringerung der Unternehmerbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen. Die Regierung Schröder hat den Beitrag der Unternehmen zur Rentenversicherung gesenkt. Die künftigen Rentner haben die Differenz nun selbst zu zahlen, und ihre Rente wird trotzdem sinken. Aus Zahlungen für das Krankengeld und für Zahnersatz werden die Unternehmen künftig ganz entlassen. Was geht den Arbeitgeber auch das Gebiss seiner Beschäftigten an. Sollen diese doch die Klappe halten, mögen manche sagen, wenn ihnen die Zahnlücken peinlich sind.

Da sich aber dieses Kostensenkungskarussell weltweit zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit dreht, wächst global der Druck auf die Massenkaufkraft. Die Nachfrage bleibt begrenzt, und die erhoffte Wachstumsbeschleunigung kann nicht stattfinden, weil niemand die vielen zusätzlichen Waren kaufen kann, die auf den Weltmarkt drängen. Tatsächlich wirkt seit Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ein langfristiger Trend zur Senkung der Wachstumsraten. Wer seine Ware nicht los wird, weil der Mehrheit der Bevölkerung zu tief in die Taschen gegriffen wurde, investiert eben nicht.

Das ist die Ironie der Sache: Die Mittel, die das Wachstum ankurbeln sollen, geraten zu seiner Bremse. Dies ist die Folge der falschen Diagnose, dass zu hohe Kosten in den Unternehmen der Wachstumsschwäche und der Arbeitslosigkeit zugrunde lägen. In Wahrheit ist es die Konkurrenz um möglichst billige Arbeitskräfte – von der Wirtschaftspolitik begünstigt –, die durch Druck auf Löhne und Sozialeinkommen die Nachfrage auf den Binnenmärkten und damit das Wachstum schwächt.

Eine Arbeitspolitik auf dem Rücken der Arbeitenden zu ihren Lasten kann nicht funktionieren. Gemessen an heute vorherrschenden Auffassungen klingt nahezu abartig, was hier als Gegenposition vertreten wird: Arbeitspolitik muss den Arbeitenden den Rücken stärken, ihre Verhandlungsmacht gegenüber den Unternehmern, ihren Einfluss auf die eigenen Arbeitsbedingungen erhöhen und nicht senken.

Zerstörung der Umwelt

Der zweite Haken des Wunschmodells vom großen Wachstum, das hinter einem Tal der Tränen liegen soll, das die »kleinen Leute« durchschreiten müssten, besteht darin, dass ein ungebändigtes Wachstum um jeden Preis die Umwelt zerstört.

Die Arbeitsproduktivität wächst seit langem jahresdurchschnittlich um etwa 2 Prozent. In jedem Folgejahr werden folglich 2 Prozent weniger Arbeitskräfte gebraucht. Wenn aber nicht weniger sondern mehr Menschen Arbeit finden sollen, dann müsste – so die Kommission der Europäischen Union – die Wirtschaft der Union jahresdurchschnittlich wenigstens um 3 Prozent wachsen. Das Sozialprodukt stiege dann innerhalb von 50 Jahren auf das 4,4fache an. Auf der Basis der gegenwärtigen Technologien würde das ein Mehrfaches an Energie und Rohstoffen verbrauchen und die Naturkreisläufe 4 bis 5 Mal mehr als heute belasten. *Fünf Erden müssten her, um die Belastungen der Natur zu tragen. Umweltexterten, darunter die Enquetekommission der Bundesregierung für diese Fragen, haben errechnet, dass der Energie- und Rohstoffverbrauch selbst dann, wenn 50 Jahre Nullwachstum vor uns lägen, auf ein Zehntel verringert werden muss, wenn die Menschheit einer Klimakatastrophe und anderen Umweltzerstörungen entgehen soll. Ein 4,4fach höheres Sozialprodukt jedoch müsste mit einem Vierundvierzigstel des heutigen Verbrauchs pro Einheit Sozialprodukt hergestellt werden! Das aber halten selbst die größten Optimisten für unmöglich.*

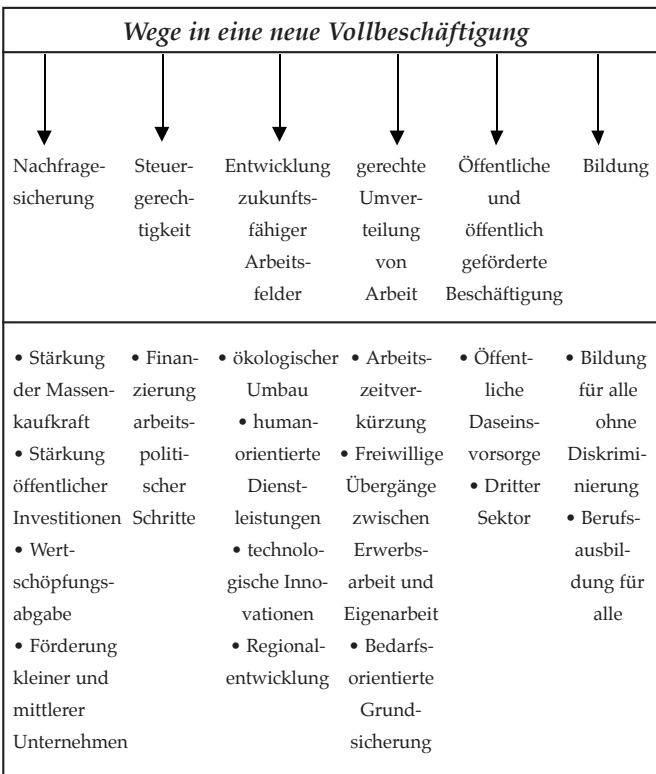
Und die Moral von dieser Geschichte? Wachstum allein wird das Problem Arbeitslosigkeit nicht lösen. Schon gar nicht ein von der Konkurrenz um höchstmögliche Profite bestimmtes Wachstum zu Lasten der Massenkaufkraft und zu Lasten der Umwelt. Eine alternative Arbeitspolitik muss her, in der Wachstum seinen Platz hat. Jedoch

ein anderes Wachstum als das gegenwärtige. Und andere wichtige Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit müssen dazukommen.

Befreiung von der Epidemie der Arbeitslosigkeit wird nur zu erreichen sein, wenn die Dominanz des Profits als wichtigstes Maß für Entscheidungen in Wirtschaft und Politik durch ein anderes Maß zurückgedrängt wird, durch die Frage: Was braucht der Mensch für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit? Und durch gute praktische Antworten darauf.

Wirtschaftspolitik für mehr existenzsichernde Arbeitsplätze

Wie, wenn nicht durch Kostensenkung auf den Rücken der Lohnabhängigen und der Bezieher von Sozialeinkommen, soll ein beschäftigungswirksames und umweltgerechtes Wachstum zustande kommen?



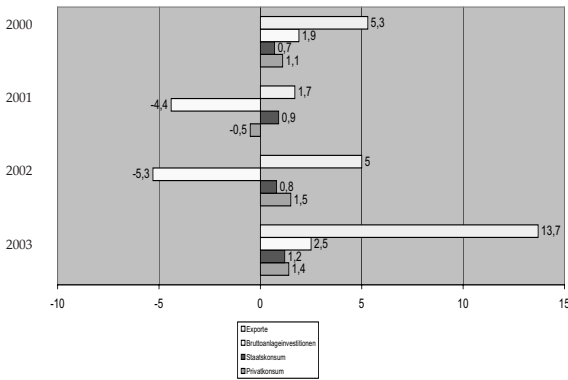
Stärkung der Massenkaufkraft

Erstens: Wenn die Diagnose richtig ist, dass vor allem die Schwäche der Nachfrage auf dem deutschen und europäischen Binnenmarkt neuen Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik entgegensteht, dann muss die Therapie zunächst eine noch weitere Dämpfung der Kaufkraft abwenden und sie auf gerechte Weise stärken. Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die Verwandlung der Arbeitslosenhilfe in ein Arbeitslosengeld II nahe bei der Sozialhilfe und der Ausstieg der Unternehmer aus der Finanzierung des Krankengeldes und von Zahnersatz müssen rückgängig gemacht und neue Angriffe auf die Einkommen der Lohnabhängigen und sozial Schwachen abgewehrt werden. Statt den Bereich der Niedriglöhne auszuweiten, von denen niemand menschenwürdig leben kann, fordern die Gewerkschaften die Einführung von existenzsichernden Mindestlöhnen. Dies sind keine umstürzlerischen Forderungen. Sie knüpfen realistisch an den Nöten vieler Bürgerinnen und Bürger an – aber eben nicht an den Profitinteressen. Sie widersprechen dem vorherrschenden Trend zur Aushöhlung des Sozialstaates. *Sie sind der Umkehr dieses Trends verdächtig.*

Dagegen machen die Unternehmerverbände mobil. Den Gewerkschaften wird von der Arbeitgeberseite, von FDP und CDU/CSU vorgeworfen, dass sie mit ihren Lohnforderungen Arbeitsplätze vernichten würden, weil sie damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schwächen. Doch das Argument sticht nicht. Mit Exportüberschüssen von 83,8 Mrd. Euro selbst im Depressionsjahr 2002 ist Deutschland noch immer Exportweltmeister. Das wäre mit irrational überhöhten Löhnen und Lohnnebenkosten nicht möglich.

Nicht die Exportfähigkeit der Bundesrepublik, wohl aber die Kaufkraft auf den Binnenmärkten ist zu schwach. Das zeigt ein Blick auf die Nachfrageentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003. Selbst in dieser stagnativen Phase stiegen die Exporte erheblich an. Aber in einer Situation, in der Staat und Bürger sparen – wegen der Schulden, wegen schwacher Lohnsteigerungen, aus Angst – kann der Export zumindest im Falle eines großen Landes wie Deutschland die schwache Binnennachfrage nicht kompensieren.

Nachfrageentwicklung auf Binnenmärkten und im Export



QUELLEN: STATISTISCHES BUNDESAMT: VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG. GEMEINSCHAFTSGUTACHTEN DER SECHS FÜHRENDE WIRTSCHAFTSFORSCHUNGSINSTITUTE, HERBST 2002
ENTNOMMEN AUS: VER.DI, 2003: MEHR EINKOMMEN, MEHR KAUFKRAFT! BERLIN

Flächentarifverträge, ausgehandelt von starken Gewerkschaften, bleiben entgegen allen Bestrebungen von Unternehmen, sie durch viele einzelne Betriebstarifvereinbarungen zu unterlaufen, ein unverzichtbares Instrument, um insbesondere für untere und mittlere Einkommen Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen und damit die Binnennachfrage zu stabilisieren sowie die soziale Polarisierung zu verhindern. Belegschaften in Einzelbetrieben ohne den Rückhalt der Gewerkschaften in der Fläche sitzen gegenüber den Unternehmensleitungen immer am schwächeren Hebel, es sei denn, es handelt sich um die Kernbelegschaft der Großkonzerne.

Dagegen wird nun eingewendet, dass die Bedingungen in jedem Betrieb andere sind und dass der Flächentarifvertrag nicht erlaube, darauf Rücksicht zu nehmen. Doch auch dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Er macht zwar aufmerksam auf eine sehr differenzierte Wirklichkeit und auf daraus erwachsende Probleme. Doch längst sind die Flächentarifverträge außerordentlich flexibel ausgestaltet. Schon ihre Zahl in Deutschland – 57.595 Mitte 2002 – deutet darauf hin. Längst enthalten die mei-

Gewerkschaften und Flächentarifverträge stärken

sten Tarifverträge die Möglichkeit von ausgehandelten Sonderregelungen beispielsweise über Abweichungen der Arbeitszeiten und effektiven Entgelte von den tariflichen Vereinbarungen. Härtefallklauseln in Tarifverträgen ermöglichen eine geordnete Flexibilität für notleidende Unternehmen. Zugleich wird ja auch kein Unternehmen nur deshalb niedrigere Energie- oder Rohstoffpreise verlangen können als andere, nur weil es ihm schlecht geht.

Nicht ein Aushöhlen der Flächentarifverträge steht auf der Tagesordnung und nicht ein Anpassen der Gewerkschaften an die vorherrschende Auffassung, dass jede wirksame Reform sich für die Unternehmen »rechnen« müsse. Die herrschende Idee zur Heilung der Gesellschaft, dass Reformen von der Bevölkerungsmehrheit etwas zu nehmen und »der Wirtschaft« zu geben hätten, ist falsch. Sie zerstört den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist nicht nur antisozial, sondern außerdem auch wachstumsfeindlich. Wer durch Kürzungen der Sozialleistungen, durch Druck auf die Löhne und finanzielles Ausbluten der Kommunen die Masseneinkommen schwächt, schädigt gleichermaßen die Wirtschaft und den Sozialstaat, wie das letzte Jahrzehnt zeigt. Weniger Masseneinkommen, weniger Wachstum und mehr Sparungen, weniger Arbeitsplätze und wiederum weniger Wachstum und noch weniger Gerechtigkeit – das ist die Abwärtsspirale auf dem Kurs von SPD und Grünen, von FDP, CDU und CSU.

Eine alternative Wirtschaftspolitik setzt dagegen auf Stärkung der Massenkaufkraft statt auf ihre Beschneidung. Die Menschen sollen nicht länger für die Wirtschaft da sein, sondern die Wirtschaft für die Menschen. Dafür zu sorgen, dass die Lohnabhängigen ein besseres Auskommen haben – und die Unternehmer damit einen besseren Absatz – ist kein systemgefährdendes Vorhaben. Und doch birgt es einen Hauch von Umkehr. Dahinter steckt, in zunächst sehr bescheidender Form, das Streben danach, zu leben statt gelebt zu werden.

Der Gedanke an diesen anderen Maßstab der Entwicklung hat etwas Subversives. Er könnte Fuß fassen. Er könnte die Richtung weiterer Forderungen beeinflussen. Genau darin besteht die Chance für alternativen Wandel.

Zweitens: Aber auch vernünftige Überlegungen bergen Konflikte. So geraten zwar nicht die großen und nicht die meisten Unternehmen, wohl aber viele kleine Betriebe durch Lohnerhöhungen und Lohnnebenkosten in Schwierigkeiten, insbesondere in Ostdeutschland. Doch Abhilfe wäre möglich. Sie könnten dadurch entlastet werden, dass die Sozialbeiträge der Unternehmer nicht mehr auf der Basis der in der Firma gezahlten Lohn- und Gehaltssumme, sondern nach dem neu produzierten Wert, nach der Wertschöpfung des jeweiligen Unternehmens, berechnet wird – wenn also eine Wertschöpfungsabgabe eingeführt wird. Die Gesamtsumme der von allen Unternehmen insgesamt aufzubringenden Zahlungen an die Sozialkassen, die den Hauptanteil der Lohnnebenkosten ausmachen, müsste dadurch nicht verändert werden. Nur wären die Beiträge des einzelnen Unternehmens eben nicht mehr an die gezahlte Lohnsumme und damit nicht mehr an die Zahl der Beschäftigten gebunden.

Bisher können vor allem die Großunternehmen durch das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen ihre Lohnnebenkosten senken, ihre Profite erhöhen und der Gesellschaft die Zahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für die Entlassenen aufbürden. Ein Unternehmen, das neue Mitarbeiter einstellt, wird dagegen bei wachsender Lohnsumme automatisch mit steigenden Sozialabgaben (Lohnnebenkosten) belastet und bestraft. Kleine arbeitsintensive Unternehmen im Dienstleistungsbereich und Handwerk trifft das besonders hart. Eine Wertschöpfungsabgabe würde solche Fehlanreize beseitigen und innerhalb der Unternehmerschaft für mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Lasten sorgen.

Vor allem geht es aber um mehr Gerechtigkeit zwischen den ökonomisch Mächtigen und Reichen auf der einen Seite und den Lohnabhängigen und sozial Schwächeren auf der anderen. Das bestimmende Muster ist bisher die Umverteilung von unten nach oben. Das ist das Interesse der Kapitaleigentümer. Darauf läuft auch die herrschende Politik hinaus. Und die Medien, vor allem die privaten Medienkonzerne, haben uns solange eingebläut, dass wirkliche Reformen Opfer von allen verlangen – außer von den Reichen und Mächtigen natürlich –, bis nun der Widerstand dagegen nur noch schwach ist.

Wertschöpfungsabgabe

»Die Gewerkschaften können und wollen auf die SPD als Bündnisakteur nicht gänzlich und dauerhaft verzichten; doch solange die SPD den falschen Dritten Weg nicht verlassen will, müssen die Gewerkschaften den Umweg über die Aktivierung der ›Zivilgesellschaft‹ gehen. ... Gestaltungskraft muss auf Gegenmachtfähigkeit beruhen und ohne Gestaltungskraft läuft Gegenmachtfähigkeit ins Leere.«

HANS-JÜRGEN
URBAN, 2003: 38/39

Aber die kapitalismus- und herrschaftskritischen globalen Bewegungen haben den Kampf gegen diese anti-soziale Verdrehung des ursprünglichen Sinns von Reformen aufgenommen, und die Gewerkschaften werden mit Halbherzigkeit nicht über die Runden kommen. Auch in ihrer Mitgliedschaft rumort Widerstand.

Wenn es gelingt, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu verändern und die Massenkaukraft zu stärken sowie zur Wertschöpfungsabgabe überzugehen, kann ein sozialverträgliches Wachstum zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen.

Allein darauf zu setzen, reicht jedoch nicht aus. Es könnte überdies zu lange dauern, bis im Verlauf von Verteilungskämpfen die Binnennachfrage kräftig steigt. Es muss politisch und schnell gehandelt werden.

Stärkung öffentlicher Investitionen

Drittens: Der Staat muss seinen Teil der Verantwortung für die Stärkung der Binnennachfrage und für neue Arbeitsplätze übernehmen. Die Privatwirtschaft allein ist dazu offenkundig außerstande.

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt und Infrastruktur muss her. Öffentliche Investitionen müssen eine hochwertige Daseinsvorsorge in Gesundheit, Bildung, Kultur, im Verkehr und bei der Versorgung mit Energie, Gas und Wasser sichern. Sie haben eine umweltfreundliche Energie- und Verkehrswende zu fördern und strukturschwache Regionen und Gemeinden durch ein langjähriges kommunales Investitionsprogramm zu fördern.

1970 erreichte der Anteil der öffentlichen Investitionen noch 4,8 Prozent des Bruttosozialprodukts. Bis 2001 war er auf 1,7 Prozent gesunken – trotz der großen ungelösten Aufgaben in Ostdeutschland.

Doch dies erfordert eine Trendwende. Die seit langem anhaltende Senkung des Anteils öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt muss umgekehrt werden. In den weiß Gott privatwirtschaftlich verfassten USA liegt dieser Anteil mit 3,2 Prozent fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik.

Eine Anhebung auf die amerikanische Quote würde nach Berechnungen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eine Erhöhung der jährlichen öffentlichen Investitionen von 30 Mrd. Euro im Jahre 2001 auf 66 Mrd. bedeuten. Die Zukunft hängt in wissensgeprägten Gesellschaften entscheidend von Investitionen in Bildung, in

die Hochschulen und die Wissenschaft ab. Der dringliche ökologische Umbau erfordert offensichtlich die Überschreitung privatwirtschaftlicher Grenzen durch öffentliche Investitionen. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat für den Zeitraum 2000 bis 2006 einen kommunalen Investitionsbedarf in Deutschland in Höhe von 690 Mrd. Euro errechnet. Dringlich sind beispielsweise Investitionen in ein flächendeckendes Netz von – zumindest für die sozial Schwächeren kostenlosen – Kindergärten, der Erhalt von Jugendclubs und anderen kommunalen Leistungen. Doch dagegen steht die vorherrschende Auffassung, dass staatliche Wirtschafts- und Sozialverantwortung eher des Teufels als ein Weg zur Lösung von Problemen sei. Einer der geistigen Väter der neuen Dritten Wege der Sozialdemokratie, Anthony Giddens, brachte dieses antisozialstaatliche Dogma auf den Punkt: »Der Wohlfahrtsstaat ist prinzipiell undemokratisch, denn er beruht auf einer Umverteilung der Mittel von oben nach unten. Sein Anliegen ist Schutz und Fürsorge, aber er lässt der persönlichen Freiheit nicht genug Raum. Einige Institutionen des Wohlfahrtsstaats sind bürokratisch, entfremdet und ineffizient; außerdem können Sozialleistungen teilweise das Gegenteil dessen bewirken, was sie eigentlich erreichen sollen.« (GIDDENS, 1999: 132) Gemeint ist, dass viele der Empfänger von Sozialleistungen zu Faulenzern und Sozialschmarotzern verkommen würden.

Wieso um alles in der Welt soll es aber undemokratisch sein, über gerechte Besteuerung der wenigen Superreichen und der zahlreichen Wohlhabenden staatliche Investitionen zugunsten der vielen zu ermöglichen, die keine Arbeit haben, die in Bildung und Altersvorsorge benachteiligt sind und die schon heute zu ihrem Nachteil im Zweiklassen-Gesundheitssystem angekommen sind? Das ist keine Überlegung von vorgestern, wie ein endlos wiederholter Vorwurf lautet. Im Gegenteil:

Gerechtigkeit ist modern. Beteiligung an Entscheidungen in der Gesellschaft, Arbeit, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit sind Grundbedingungen für die Freiheit jeder und jedes Einzelnen. Sie sind Freiheitsgüter. Staatliche Investitionen schränken mitnichten die individuelle Freiheit ein.

Welcher vernünftige Mensch wird sich staatliche Daseinsvorsorge, öffentliche Verantwortung beispielsweise für leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr zu kundenfreundlichen Tarifen, verbitten, weil dies angeblich seiner Freiheit schade?

Natürlich ist es wahr, dass staatliche Verwaltungen oft bürokratisch, unwirtschaftlich und vorbei an den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger handeln und dass das nicht so bleiben darf. Aber ist das ein Grund dafür, das Kind mit dem Bade auszuschütten, die öffentlichen Investitionen noch weiter zurückzufahren und den Sozialstaat zu schleifen?

Private Verlustwirtschaft

»Bürokratisch, entfremdet und ineffizient« sind übrigens keineswegs nur manche staatliche Apparate, sondern in skandalöser Weise auch Privatunternehmen. In den USA, als marktwirtschaftliches Vorbild in Deutschland hoch im Kurs, ist dies besonders deutlich zu beobachten. So wurden in Weltkonzernen wie Enron, WorldCom, Xerox, AOL Time Warner, Merrill Lynch und in vielen anderen Unternehmen die Geschäftsbilanzen gefälscht, um die Aktienkurse und damit auch die zum Teil aus Aktienbeteiligungen bestehenden Einkommen der Spitzenmanager zu stützen. Die zeitweilig kometenhafte Steigerung der Aktienwerte verführte auch viele »kleine Leute« zu Aktienkäufen. Eine riesige Spekulationsblase entstand. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und jahrelang Chefvolkswirt der Weltbank, schrieb über die verheerenden Folgen dieser Art der »Entfremdung«: »Wir wissen immer noch nicht, wie viel von den sogenannten privaten Kapitalanlagen der 90er Jahre hinausgeworfenes Geld waren; aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass nur ein Bruchteil des Wertverlusts von Aktien auf Fehlinvestitionen zurückzuführen ist, muss die Zahl doch in die Hunderte von Milliarden Dollar gehen.« (STIGLITZ, 2003: 48) Volkswirtschaftliche Verluste durch Fehlinvestitionen von Hunderten Milliarden Dollar – was für ein Paradebeispiel für Ineffizienz! Allein der Telekommunikationsriese WorldCom hat zwischen 1999 und 2001 seine Erträge nach jüngsten Schätzungen um etwa 9 Mrd. Dollar zu hoch ausgewiesen. (BRENNER, 2003: 54) Als die Bilanzfälschungen platzten und die WorldCom-Aktien abstürzten, kostete das die Anleger 150 Mrd. Dollar. (DER SPIEGEL, 28/2002: 88)

Dass private Investitionen im Vergleich zu staatlichen stets besonders effizient seien, erweist sich im Licht der Tatsachen als ein modernes Märchen.

Und die Beschuldigung, Sozialleistungen würden schließlich ihre Empfänger in Faulenzer verwandeln, erinnert an das miese Verhalten des Mannes, der seine Großmutter die Treppe hinabstürzt und sie dann fragt, warum sie es so eilig habe. Wahr ist nämlich nach dem Befund vieler Untersuchungen, dass Langzeitarbeitslosigkeit vielen Menschen tatsächlich den Mut nimmt, noch nach Arbeit zu suchen, der sie sich nach langem deprimierenden Außenseiterdasein oft nicht mehr wachsen fühlen. Aber mit Faulheit und charakterbedingter Arbeitsscheu hat das in den wenigsten Fällen zu tun.

Nein, es gibt keine vernünftige Begründung für die Absenkung staatlicher Investitionen und Leistungen als wichtiger Zugang zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Der Anteil öffentlicher Investitionen am jährlichen Inlandsprodukt muss entschieden erhöht werden.

Auch dafür gilt: *Dies wäre beileibe kein systemgefährdender Akt. Doch der neoliberalen Marktbesessenheit würde ein Stückchen sozialstaatliche Verantwortung abgerungen werden, eine Spur von Gegenbewegung.*

Viertens allerdings: So wünschenswert es ist, dass der Staat seine Investitionen wieder erhöht und damit Arbeitsplätze schafft – ein Land von Staatsbeschäftigten will kaum einer.

Alternative Arbeitspolitik muss sich auf ein Spannungsverhältnis einlassen. Sie muss gegen die Übermacht der Profitinteressen – vor allem der international operierenden Konzerne und Banken – mobil machen und die Massennachfrage stärken, zugleich aber für eine bessere beschäftigungsorientierte Förderung von Existenzgründern, kleinen und mittleren Unternehmen sorgen.

Die meisten Erwerbsabhängigen sind in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt, 28,1 Prozent in Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten und 81,7 Prozent der insgesamt Beschäftigten in Unternehmen unter 100 Arbeitnehmern. Aber in vielen dieser Unternehmen ist die Lage nicht gut.

Beschäftigungsorientierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Nach Angaben des Verbandes Creditreform steigt die Zahl der Insolvenzen von Firmen im Jahr 2003 um 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf knapp 40.000. 70 Prozent der Pleiten betreffen Kleinbetriebe.
NEUES DEUTSCHLAND,
3. Dezember 2003.

Die großen Banken geben sich mit Krediten an kleine Unternehmen oft am liebsten gar nicht ab oder verlangen Sicherheiten, die diese nicht bieten können. Deshalb müssen Sparkassen und Genossenschaftsbanken gestärkt werden. Wenn unumgebar, sollte günstige Kreditvergabe an Existenzgründer und kleine Unternehmen staatliche Unterstützung erhalten. Zwar gibt es über 700 Förder-töpfe in Deutschland, aber kleine Betriebe können den Förderdschungel in der Regel kaum durchschauen und nicht voll nutzen. Wohin sie sich auch wenden – bürokratische Hemmnisse sind ihnen ziemlich sicher. Die Fördermöglichkeiten müssen vereinfacht und durchschaubar gemacht werden. Und nicht selten sind es sogar die öffentlichen Auftraggeber, besonders in Ostdeutschland, die ihre Rechnungen angesichts leerer Kassen so verspätet begleichen, dass dies zum Bankrott von kleinen Firmen beiträgt. Eine kommunale Finanzreform, die die Investitionskraft der Kommunen stärkt, ist eine Grundbedingung für die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit. Steuerentlastungen müssen gewiss nicht für Großunternehmen sein, wohl aber für Existenzgründer, kleinste und kleine Betriebe.

Effizientere Förderung des Mittelstandes ist wiederum nichts Umstürzendes. Wenn diese Förderung allerdings beschäftigungs- und ökologisch orientiert in langfristige Struktur-, Technologie- und Regionalpolitik eingebettet wird, *tendiert dies zu einem anderen als dem gegenwärtigen Regulierungsmechanismus: statt Deregulierung Gestaltungsmacht von »unten« und für einen demokratisch erneuerten gestaltenden Staat.*

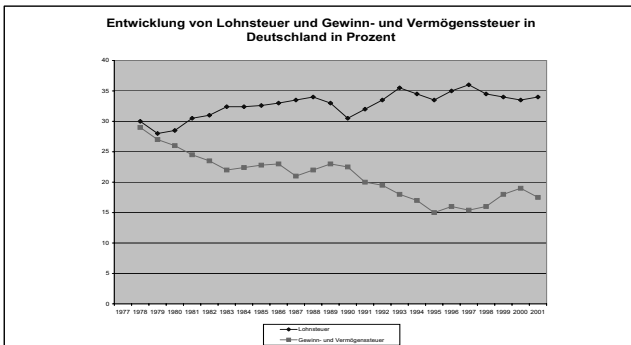
Steuer- gerechtigkeit

Investitionen der öffentlichen Hand und Wirtschaftsförderung kosten Geld. Mittelfristig können sie zwar durch Anstöße für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu mehr Steuereinnahmen führen. Erst einmal belasten sie aber die Staatsausgaben. Und in den Staatskassen herrscht Ebbe. Rund 1,3 Billionen Euro im Jahr 2002 beträgt die Verschuldung des Bundes, der Länder und Gemeinden. Die Staatsverschuldung kommt einer riesigen Umverteilungsmaschine zulasten der Steuerzahler und zugunsten der Kreditgeber, vor allem der Großbanken, gleich. Diese kassieren jährlich fast 70 Mrd. Euro Zinsen. Der Handlungsspielraum des Staates verschwin-

det unter dieser Last. Da erscheint es einleuchtend, dass Finanzminister Eichel den Abbau der Haushaltsdefizite zu seinem obersten Ziel erklärte.

Würde dies beispielsweise durch Senkung der Rüstungsausgaben geschehen, durch Vereinfachung der Verwaltungsvorgänge und durch vorbeugenden Umweltschutz statt teurer Reparaturen von Umweltschäden, wäre Zustimmung geboten. Vor allem aber liegt es nahe, die Haushaltslücken durch mehr Einnahmen zu schließen. Mehr Steuern müssten diejenigen zahlen, die über Riesenvermögen verfügen und auf den globalen Märkten Spitzenprofite einfahren, besonders durch spekulative Geschäfte auf den internationalen Kapitalmärkten.

Aber die Vermögenssteuer wurde schon von der Regierung Kohl ausgesetzt. Dies führte von 1997 bis 2002 zu Steuerausfällen von 50 Mrd. Euro. Die Mindereinnahmen für die Haushalte im Ergebnis der Unternehmenssteuerreform der rot-grünen Regierung betragen in den Jahren 2001 und 2002 zusammen rund 30 Mrd. Euro (ver.di, 2002: 5 ff.). Vor allem die von den Aktiengesellschaften und GmbHs zu zahlende Körperschaftsteuer wurde so verändert, dass es anstelle der 23,6 Mrd. Euro Steuereinnahmen im Jahr 2000 zu Steuerrückzahlungen an die Unternehmen von 400 Mio. im Jahre 2001 und 2002 zu Steuereinnahmen von nur 0,9 Mrd. Euro kam (Ebenda). Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 47 auf 42 Prozent führt zu einem jährlichen Einnahmeverlust von rund sechs Milliarden Euro.



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT: VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG. BERECHNUNGEN VON VER.DI

Noch 1977 machten die Gewinn- und Vermögenssteuern 30 Prozent des Gesamtsteueraufkommens der Bundesrepublik aus. Das entsprach genau dem Anteil der Lohnsteuern. Im Jahr 2001 war der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern auf knapp 15 Prozent abgesunken und der Anteil der Lohnsteuern auf 35 Prozent angestiegen!

Der Verzicht auf gerechte Besteuerung von Großunternehmen und Großvermögen ist ein sozialer Skandal. Die Reichen und Mächtigen entziehen sich zunehmend der Finanzierung dringlicher Staatsaufgaben. Das Resultat sind immer neue Sparrunden in der Haushaltspolitik zu Lasten der Lohnabhängigen und sozial Schwachen.

Ausgaben für mehr Beschäftigung und Stabilisierung des Binnenmarktes erfordern Steuergerechtigkeit: Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen, für kleine und mittlere Unternehmen; Einführung einer Mindestbesteuerung für Unternehmen; Wiedererhebung der Vermögenssteuer; Erhebung einer gerechteren Erbschaftssteuer auf große Vermögen; Einführung einer gewinnabhängigen Körperschaftssteuer; Aufhebung der Steuerfreiheit von Erlösen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen; Besteuerung von Devisentransaktionen und Börsengewinnen; Abbau von Steuervergünstigungen für die Reichen und von Steuerschlupflöchern.

Steuergerechtigkeit durchzusetzen, hätte einen Mehrfacheffekt für die Verminderung der Arbeitslosigkeit. Steuerentlastungen für niedrige und mittlere Einkommen vergrößern die Massennachfrage, wenn nicht mit der einen Hand wieder genommen wird, was mit der anderen erlassen wurde. Gerade die unteren Einkommenschichten geben den größten Teil ihrer Einkünfte für das Lebensnotwendige aus oder verschulden sich. Steuerliche Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen erleichtern ihnen, mehr Arbeitskräfte einzustellen. Und stärkere Besteuerung der großen Privatvermögen, der Profite von Großunternehmen und besonders von spekulativen Gewinnen aus Finanzgeschäften ermöglichen dem Staat öffentliche beschäftigungswirksame Investitionen aus diesen Einnahmen.

Derartige Forderungen sind nicht fern von aller Realität. Mit einnahmeträchtigen Vermögens- und Erbschafts-

steuern liebäugeln angesichts leerer Staatskassen auch die Ministerpräsidenten einiger Bundesländer. Die Regierung Schröder hatte bereits weitgehendere Schritte gegen den Ausfall von Steuereinnahmen eingeleitet als sie schließlich unter dem Druck der Unternehmerlobby tatsächlich realisierte (ver.di, 2002).

Das französische Parlament hat der Einführung einer Steuer auf Gewinne aus Devisengeschäften sogar schon zugestimmt. Jedoch – insgesamt stößt das Verlangen nach Steuergerechtigkeit auf heftigsten Widerstand der Kapitaleseite. Gerechtigkeit kollidiert mit den kurzfristigen Interessen der Kapitaleigentümer und wird daher nur mit der Veränderung der Kräfteverhältnisse in den Verteilungskämpfen der kommenden Zeit Fortschritte machen.

Eine beschäftigungswirksame Neuorientierung der Haushaltspolitik bedarf dringlich der Unterstützung durch eine andere Geldpolitik. Die Europäische Zentralbank sieht ausschließlich die Geld- und Währungsstabilität als ihre Aufgabe an. Sie muss künftig Mitverantwortung für die Wachstums- und Beschäftigungspolitik übernehmen. In wachstumsschwachen Zeiten erfordert dies, die Aufnahme von Krediten zu erleichtern, um Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu geben.

Eine Zwischenbilanz an dieser Stelle ergibt:

Mehr Beschäftigung hängt von der Stärkung der Massennachfrage ab, von der Verteidigung von Sozialeinkommen gegen den Abbau des Sozialstaats und von erfolgreichen Lohnkämpfen. Seit drei Jahrzehnten hat der Druck auf Sozialleistungen und Löhne nicht zu mehr Arbeitsplätzen, sondern zu ihrem Abbau geführt. Deshalb ist dringlich, dass staatliche Investitionen zur Entstehung neuer Arbeitsplätze beitragen. Um dies und andere Aufgaben des Sozialstaats zu finanzieren, muss Steuergerechtigkeit durchgesetzt werden: Umverteilung von oben nach unten, statt wie bisher den sozial Schwachen zu nehmen und den Mächtigen zu geben.

Zwischenbilanz

Doch unkontrolliertes Wachstum zerstört die Umwelt. Das führt zu der Frage, auf welchen Feldern künftig neue Arbeitsplätze ohne zerstörerische ökologische Effekte entstehen können. Diese Frage ist nun zu beantworten.

Beschäftigungswirksame Wachstumsfelder

Die Suche nach zukunftsfähigen Feldern sinnvoller Arbeit beginnt mit einem Abschied. Wir müssen Abschied nehmen von der Hoffnung auf die Zauberkraft eines ungebändigten Wachstums des materiellen Reichtums an Gütern und Abschied von der Illusion grenzenloser Verfügbarkeit über die Natur. Es ist aber gerade dieser Abschied, der die wirklichen Chancen für eine nachhaltige Entwicklung und für die Entstehung neuer Arbeitsplätze bietet.

Felder für den Zuwachs zukunftsfähiger Arbeitsplätze sind

- *der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft,*
- *die Entwicklung qualifizierter humanorientierter Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, soziale und psychologische Betreuung, Bildung, Erziehung, kulturelle Selbstbetätigung, Massensport, Unterstützung von Selbsthilfeprojekten und zwischenmenschlicher Kommunikation,*
- *technologische Innovationen, konzentriert auf den ökologischen Umbau von Produktion, Infrastruktur, Dienstleistungen und Konsum.*

Ökologischer Umbau

Ökologischer Umbau – das heißt radikale Verminderung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen. Das bedeutet, die Natur nur noch mit Bruchteilen des bisherigen Ausstoßes von Gasen und Giften und mit entschieden weniger Produktionsabfällen und Müll zu belasten. Doch es ist eine absurde Situation entstanden. Wenn der ökologische Umbau noch lange ausbleibt, treibt dies auf den Selbstmord von Teilen der Menschheit zu. Würden Produktion und Lebensweisen zukunftsfähig verändert werden, entstünden in absehbarer Zeit viele neue Arbeitsplätze und würde das zu einer Entspannung vieler sozialer Probleme führen. Zugespitzt formuliert: Zerstörung unserer Lebensgrundlagen oder Arbeit und soziale Chancen – das sind die Alternativen. Was das Vernünftige ist in dieser Lage, liegt auf der Hand. Aber das Gegenteil geschieht. Täglich werden weltweit rund 100 Mio. Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre geblasen, die bis zu 100 Jahren aktiv bleiben und die Erde mit einer Hülle umgeben. Diese vermindert die Rückstrahlung der Son-

nenwärme in den Weltraum und tendiert zu einer Erwärmung der Erdatmosphäre, die in eine Klimakatastrophe münden wird, wenn nichts Entscheidendes geschieht. Täglich werden etwa 55.000 Hektar Tropenwald abgeholzt. Jeden Tag sterben Dutzende von Tier- und Pflanzenarten aus und gehen mehr als 80 Mio. Hektar fruchtbarer Boden durch Erosion verloren.

Getrieben von der Verdrängungskonkurrenz um Höchstprofite gehört Expansion zur inneren Natur des Kapitals. Ein davon getragener Wachstumswahn hat längst alle Poren der Gesellschaft durchdrungen, hat sich in unser Lebensgefühl eingefressen und steuert uns in den Abgrund. Eine Mode jagt die andere. Das Neueste wird vom Allerneusten weggefegt. Die Gesellschaft hat sich in eine Wegwerfgesellschaft verwandelt.

Dabei böte eine umweltorientierte Umkehr bedeutende Chancen für Erfolge im Umgang mit dem anderen großen Problem der Gegenwart, der Massenarbeitslosigkeit. Wachsende Investitionen in die wissenschaftlichen Grundlagen umweltfreundlicher Produktion und Dienstleistungen würden neue anspruchsvolle Arbeitsplätze schaffen. Positive Beschäftigungseffekte hätte die Herstellung und breite Einführung neuer umweltfreundlicher Güter, Dienstleistungen und Technologien. Sie treten bei den Zulieferern für eine umweltfreundliche Umrüstung schon gegenwärtig angebotener Produkte auf. Sie sind von Investitionen in die Produktion von Umweltschutzanlagen und von deren Export zu erwarten. Erheblichen Zuwachs von Arbeitsplätzen versprechen die Energieerzeugung aus alternativen Energieträgern, Energieeinsparmaßnahmen und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Die ökologische Landwirtschaft ist weitaus arbeitsintensiver als die bisherige Agrarwirtschaft. Auch wenn der ökologische Wandel mit dem Rückbau umweltzerstörender Branchen und des stofflichen Verbrauchs zum Verlust von herkömmlichen Arbeitsplätzen führt, ist per Saldo ein Gewinn von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu erwarten.

Geringerer Energie- und Materialverbrauch durch umweltfreundliche Technologien allein wird allerdings für eine zukunftsfähige Entwicklung nicht ausreichen. Unsere Lebensweisen werden sich ändern, unser stofflicher Ver-

**Humanorientierte
Dienstleistungen**

brauch wird entschieden zurückgehen müssen. In vielen Fällen wird das durch aufwandsärmere Produktionsverfahren zu erreichen sein. Gleichwertiges kann mit viel geringerem Aufwand zustande kommen. Aber auch die Lebens- und Konsumgewohnheiten werden sich einschneidend verändern müssen. Es geht dabei nicht um den Verzicht auf erfreuliche Dinge des Lebens, wohl aber könnte sich bei insgesamt verringerter stofflicher Konsumtion die Lebensqualität entschieden verbessern, wenn für alle in sozial gleicher Weise hochwertige gesundheitliche Versorgung und Pflege, Bildung ohne Diskriminierung, ganztägige Betreuung und Förderung von Kindern nach ihren individuellen Voraussetzungen und andere materielle Bedingungen für einen selbstbestimmten Lebensalltag gesichert würden, beispielsweise Freizeiteinrichtungen für Jugendliche und Ältere und bezahlbare kulturelle Angebote. Humanorientierte Dienstleistungen solcher Art können das Leben reicher und sicherer machen als die hektische Ablösung des letzten Schreis im Marktangebot durch den allerletzten vor dem nächsten.

In diesen Bereichen zeigt sich, dass der Gesellschaft die Arbeit nicht ausgegangen ist. Dort sind im Gegenteil weite Felder für sinnvolle Arbeit unausgeschöpft.

Jedoch – sie sind für private Investitionen oft nicht profitträchtig. Mehr Ärzte und Schwestern einzustellen, damit sie mehr Zeit für individuelle Zuwendung zu den Patienten haben, mehr Lehrer und Sozialpädagogen in Ganztagschulen zu haben, damit dort Lernen und vielschichtige Freizeitmöglichkeiten vereint werden – das bringt keinen Profit. Solche Investitionen würden »nur« die Zukunft sichern. Aber das ist für privates Kapital zu wenig. Das ist der tiefste Grund für viele Defizite im Gesundheitswesen, in Bildung und Kultur.

Also werden diese Zukunftsbereiche in vielen Fällen staatlich organisiert sein müssen. Oder sie bedürfen der öffentlichen Förderung von Trägern in einem Dritten Sektor zwischen Privatwirtschaft und Markt. Damit sich solcher Wandel durchsetzt, werden allerdings Gemeinwohlinteressen im Verhältnis zu privaten Profitinteressen entschieden gestärkt werden müssen. Ob dies erfolgt, hängt wiederum von einer Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft ab.

Die Anforderungen an die Forschung, die von solchen Perspektiven ausgehen, sind nicht kleiner, sondern entschieden größer als die des gegenwärtigen Entwicklungspfades.

Forschung, die zu Investitionen in technologische Innovationen, das heißt zu massenhaftem Einsatz neuer Technologien führt, kann zu einem Dreh- und Angelpunkt für einen doppelten Umbau der Gesellschaft werden: für eine ökologische Neuorientierung und für neue Arbeitsplätze im Rahmen zukunftsfähiger Entwicklung.

**Arbeit durch
technologische
Innovationen**

Künftig den Reichtum der Gesellschaft mit einem Bruchteil des heutigen Energie- und Materialaufwandes zu schaffen, ist eine Extremherausforderung an die Forschung und Entwicklung. Wissenschaft und Technologie haben eine gesteigerte Langlebigkeit von Gütern, ihre einfache Reparatur- und Erneuerungsfähigkeit, kostengünstiges Recycling, Eignung für regionale Wirtschaftskreisläufe und zum Teil auch Eignung für »Dritte Welt«-Bedingungen zu ermöglichen.

Die Menschheit ist dabei, innerhalb weniger Generationen die über Hunderte von Millionen Jahren entstandenen und bewahrten nicht erneuerbaren Energieträger wie Öl, Gas und Kohle zu verbrauchen. Stattdessen müssen die fossilen und atomaren Energieträger innerhalb weniger Jahrzehnte durch Technologien ersetzt werden, mit denen Energie eingespart und aus regenerierbaren Quellen gewonnen werden kann: aus der Sonneneinstrahlung, aus Wind, Wasser und Biomasse, produziert in Land- und Forstwirtschaft. Ebenso birgt eine Verkehrswende zu einer veränderten, energiesparenden Mobilität größte technische Herausforderungen.

Neue Arbeitsplätze sind also in Sicht, wenn technologische Neuerungen auf einen ökologischen Umbau, aber beispielsweise auch auf modernste medizinische Diagnose- und Heilverfahren konzentriert werden.

Die Ausschau nach zukunftsfähigen Arbeitsfeldern schließt ferner eine räumliche Dimension ein. Mit Blick auf das unbeschreibbare Elend in großen Teilen der Erde schreibt Jean Ziegler, Sonderberichterstatte der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung,

**Regional-
entwicklung**

über die Globalisierung: Sie führt »zur streng lokalisierten Entwicklung von Geschäftsvierteln, wo die großen Unternehmen, Banken, Versicherungen, Vermarktungs- und Vertriebsdienstleister und Finanzmärkte angesiedelt sind. Pierre Veltz hat gezeigt, wie sich rund um diese Wirtschaftszentren riesige Bevölkerungszonen erstrecken, deren Menschen es zum Teil gelingt, unter Einsatz ihrer Intelligenz und ihrer Beziehungen von den vielen Kleinstaktivitäten zu leben, die bei den »globalisierten« Angelegenheiten in ihrer nächsten Umgebung abfallen. So überzieht die Globalisierung den Planeten mit einem gerippeartigen Netz, das einige große Agglomerationen miteinander verbindet, zwischen denen »die Wüste wächst«. ... Die Realität der globalisierten Welt besteht in einer Kette von Inseln des Wohlstands und des Reichtums, die aus einem Meer des Völkerelends herausragen.« (ZIEGLER, 2003: 31)

Auch innerhalb der reichen Industrieländer gilt, dass die einen Regionen als Hinterland von global players gebraucht und ausgerichtet auf deren Interessen entwickelt werden, während andere Regionen im Abseits verbleiben und durch Abwanderung oft den kreativsten und mobilsten Teil ihrer Bevölkerung verlieren. Genau das ist in Teilen Ostdeutschlands zu beobachten.

Alternative Arbeitspolitik schließt dagegen ein, Leitlinien für regionale Wirtschaftskreisläufe zu erarbeiten und zu realisieren, die auf die beschäftigungswirksame Verknüpfung originärer regionaler Stärken zielen. Das kann beispielsweise die enge Verflechtung von Wissenschaftspotenzialen und regionaler Wirtschaft, die Nutzung regionaler Energieträger, Ressourcen und besonderer Qualifikationen, die Verknüpfung von Agrarproduktion, Landschaftspflege, regionaler Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und sanftem Tourismus betreffen.

Ein emanzipatorischer Typ der Regionalentwicklung beruht weit stärker als bisher auf einem selbstbestimmten Handeln von Akteuren der Region und der lokalen Ebene. Er beruht darauf, dass die Menschen vor Ort oft besser als die in den oberen Verwaltungsebenen wissen oder gemeinsam herausfinden können, welche Stärken ihre Kommunen und Regionen haben und wo Investitionen mit dem größten Beschäftigungseffekt

sinnvoll eingesetzt werden sollten. Demokratie von unten hat dort besondere Chancen, wo die Handelnden die ihnen nahen Handlungsbedingungen leicht durchschauen können und über die notwendigen Ressourcen verfügen, ihre Einsichten auch umzusetzen.

Unsere nächste Zwischenbilanz lautet mit Blick auf ökologischen Umbau, humanorientierte Dienstleistungen, technologische Umwälzungen und regionale Wirtschaftsentwicklung:

Zwischenbilanz

Nicht ein unkontrolliertes Wachstum, gleichgültig gegen Natur und soziale Sicherheitsbedürfnisse, wird zur Verminderung der Arbeitslosigkeit führen, wohl aber eine Entwicklung, die ein Negativwachstum des Ressourcenverbrauchs und einen Rückbau umweltzerstörender Branchen einschließt, das Wachstum auf ökologisch zukunftsfähige Felder konzentriert, regionale Beschäftigungspotenziale ausschöpft und neue Lebensqualitäten weniger durch stofflichen Mehrverbrauch als durch gute Bedingungen für selbstbestimmte Lebensweisen in sozialer Sicherheit ermöglicht. Allerdings – eine solche Entwicklung erfordert bewusst gestaltende Politik, statt auf Deregulierung und spontane Wunder der Marktregulation zu setzen. Der Markt bedarf eines neuen sozial-ökologischen Rahmens.

Arbeitszeitverkürzung und gerechte Umverteilung von Arbeit

Was aber, wenn die Schaffung neuer Arbeitsplätze in neuen umweltverträglichen Wachstumfeldern zu lange dauert, wenn Massennachfrage und öffentliche Investitionen bestenfalls langsam steigen werden? Dann bleiben diese Wege trotzdem unverzichtbar, aber sie reichen in keinem Fall aus. Etwas Einfaches muss her, wohl wissend, dass Bert Brecht mit Recht von dem Einfachen sprach, das so schwer zu machen ist.

Das Einfache wird seit langem erprobt. Von 1984 bis 1998 entstanden schätzungsweise 800.000 Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung.

Arbeitszeitverkürzung

Eine Verringerung der Zahl der Überstunden und eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit würde erlauben, die verfügbare Arbeit gerecht auf mehr Beschäftigte zu verteilen, auf

Frauen und Männer gleichermaßen. Sie würde zugleich Zeit für Kinder, Partnerschaft und soziales wie demokratisches Engagement freisetzen.

Die Niederlagen der IG Metall im Sommer 2003 in den Streiks um die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metallindustrie wie im Westen scheinen aber darauf hinzudeuten, dass dies eine unrealistische Vorstellung ist. Die Unternehmer wollen nicht für mehr Beschäftigte Sozialbeiträge zahlen, wenn der Betrieb je nach Auftragslage auch mittels Überstunden oder deren Verminderung und durch Mehr- oder Minderbeschäftigung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern »atmen« kann. Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit gilt der Arbeitgeberseite als kostentreibende Katastrophe. Eher wollen sie die Wochen- und Lebensarbeitszeit noch unbezahlt verlängern, obwohl die meisten schon lange vor dem bisherigen Renteneintrittsalter keine Arbeit mehr haben.

Auch auf Gewerkschaftsseite ist Arbeitszeitverkürzung umstritten: »Was soll ich mit der Freizeit, wenn ich weniger Geld in der Tasche habe?« »Was nutzt die Arbeitszeitverkürzung, wenn die Arbeitshetze im Ergebnis noch größer wird?« »Und ob der Arbeitgeber bei Arbeitszeitverkürzung wirklich mehr Leute einstellt, das steht allemal in den Sternen.« – So die Positionen von Gewerkschaftlern in den Betrieben.

Gleichwohl, Arbeitszeitverkürzung und gerechtere Verteilung der Arbeit bleiben ein wesentlicher Weg zur Verringerung der Arbeitszeit. Aber dies erfordert erhebliche gewerkschaftliche Kämpfe und deren öffentliche Unterstützung für soziale Bedingungen dieser Verkürzung. Tarifvertragliche Regelungen über differenzierten Lohnausgleich zugunsten der niedrigen und mittleren Einkommen, über die Nutzung der Arbeitszeitverkürzungen für Neueinstellungen, über eine Art der Flexibilisierung, die den Bedürfnissen nach Vereinbarkeit von Familienleben und Arbeit entspricht, sind notwendig und erfordern starke Gewerkschaften.

Es ist nämlich – wie bereits dargestellt – nicht wahr, dass die Lohn- und Lohnnebenkosten in Deutschland zu hoch und eine unerträgliche Belastung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit seien. Folglich kann keine Rede

»Die jüngste Entwicklung zeigt, dass ... die Lohnentwicklung in Deutschland deutlich aus dem Rahmen fällt. Die Löhne bleiben hier so weit hinter dem Durchschnitt des Euroraums zurück wie noch nie seit Beginn der Währungsunion. Deutschland geht bei den Löhnen derzeit gleichsam einen Sonderweg.«

WOCHENBERICHT DES
DEUTSCHEN INSTITUTS
FÜR WIRTSCHAFTS-
FORSCHUNG NR. 1-2/
2003: 13

davon sein, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit aus Lohnkosten- und Wettbewerbsgründen nicht tragbar sei. Ausnahmen müssen tarifvertraglich vereinbart werden.

Ein wichtiger Schritt zu gerechterer Verteilung der Arbeitseinkommen kann die Ausweitung von Teilzeitarbeit sein, wenn sie mehr Arbeitslosen den Zutritt zum Arbeitsmarkt öffnet. Gleichwohl ist Teilzeitarbeit anstelle von Vollerwerbstätigkeit dann keine befriedigende Lösung, wenn sie nicht existenzsichernd ist. Gerade Frauen, die überproportional Teilzeitarbeit leisten, werden dadurch von »normalverdienenden« Männern abhängig. In Deutschland beruhen viele der Teilzeitjobs gegenwärtig nicht auf freiwilligen Entscheidungen. Vor allem teilzeitbeschäftigte ostdeutsche, aber auch viele westdeutsche Frauen suchen Stellen mit einem höheren Stundenvolumen, sind dabei jedoch erfolglos. Vollzeitnahe und deshalb existenzsichernde Teilzeitarbeitsverhältnisse mit etwa 30 Wochenstunden für Frauen gibt es dagegen in Schweden, Frankreich, Dänemark, in den Niederlanden und in Finnland wesentlich häufiger. Generell sollte Teilzeitarbeit eher eine freiwillige und zeitweilige Unterbrechung von Vollerwerbsarbeit sein – auf der Grundlage einer uneingeschränkten Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit und für das Rentenalter.

Moderne Arbeitszeitpolitik muss noch weiter gehen. Sie muss sich der Tatsache stellen, dass wir in einem flexibilisierten Kapitalismus leben – mit zerstörerischen Folgen, die der prominente Soziologie Richard Sennett eindringlich beschrieb. Die Kunst alternativer Arbeitspolitik muss daher darauf zielen, diese Flexibilisierung so weit wie nur möglich in einen von den Interessen der Arbeitnehmer selbstbestimmten Wandel der Arbeitswelt umzukehren. Eine künftige Vollbeschäftigung neuer Art wird die Kombination und den zeitweiligen Wechsel zwischen existenzsichernder Erwerbsarbeit und nicht bezahlter Eigenarbeit von Menschen für sie selbst und die Familie, ehrenamtliche gemeinnützige Tätigkeiten und Weiterbildung umfassen – zugunsten des Einstiegs bisher Arbeitsloser in die Arbeitswelt.

Der prinzipielle Unterschied einer solchen Vorstellung zu einem Arbeitsleben vieler Menschen zwischen Erwerbsarbeit, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und prekärer

Abgesicherte Teilzeitarbeit

»Das Wort ›job‹ bedeutete im Englischen des 14. Jahrhunderts einen Klumpen oder eine Ladung, die man herumschieben konnte. Die Flexibilität bringt diese vergessene Bedeutung zu neuen Ehren. Die Menschen verrichten Arbeiten wie Klumpen, mal hier, mal da.« »Instabilität ist normal ... Vielleicht ist die Zerstörung des Charakters eine unvermeidliche Folge. ›Nichts Langfristiges‹ desorientiert auf lange Sicht jedes Handeln, löst die Bindung von Vertrauen und Verpflichtung und untergräbt die wichtigsten Elemente der Selbstachtung.«

»Auf die Familie übertragen bedeuten diese Werte einer flexiblen Gesellschaft: bleib in Bewegung, geh keine Bindung ein und bring keine Opfer.«

RICHARD SENNETT,
1998: 10, 38, 29

Freiwillige Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und Eigenarbeit

Beschäftigung unter schlechten Bedingungen, zwischen Leiharbeit, Gelegenheitsjobs und neuerlicher Arbeitslosigkeit ist die Freiwilligkeit zeitweiligen Ausstiegs aus der bezahlten Arbeit in bestimmten Lebensphasen und die vollwertige soziale Absicherung solcher Übergänge – für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Rentenzeit. Aber eine solche selbstbestimmte Flexibilität des Arbeitslebens ist nur vorstellbar, wenn die Arbeitslosigkeit erheblich zurückgedrängt wird.

Eine solche freiwillige Flexibilisierung wird Frauen die gleichberechtigte Teilhabe an bezahlter Erwerbsarbeit und Männern die gleichberechtigte Übernahme von Familienarbeit ermöglichen. Sie würde das Leben mit Kindern und Pflegebedürftigen erleichtern und der Neigung in den jüngeren Generationen nach größerer Beweglichkeit und selbstbestimmten Lebensstilen entgegenkommen. Zwei entscheidende Bedürfnisse wären auf diese Weise zusammengeführt. Auf der einen Seite der Wunsch der übergroßen Mehrheit, mit eigener Arbeit das Geld für ein selbstgestaltetes Leben zu verdienen, auf der anderen Seite der ständige Wandel in modernen Gesellschaften und wechselnde Lebensformen. Eine solche Gesellschaft würde Flexibilität, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit verbinden. Ein ganz neues Normalarbeitsverhältnis würde sich herausbilden:

Vollbeschäftigung neuer Art *Merkmale einer künftigen Vollbeschäftigung neuer Art*

- Jede und jeder hat die Möglichkeit sinnvoller, existenzsichernder Erwerbsarbeit.
- Auf dieser Grundlage gewinnen der freiwillige Wechsel oder die Kombination zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, ehrenamtlicher Tätigkeit und Weiterbildung, zwischen abhängiger und selbständiger Arbeit ein wachsendes Gewicht und entlasten den Arbeitsmarkt.
- Auch unbezahlte Arbeit wird sozial vollwertig abgesichert.
- Bezahlte und unbezahlte Arbeit werden gerecht zwischen Frauen und Männern geteilt; die Geschlechter haben gleiche reale Chancen in der Arbeitswelt.
- Die durchschnittliche Normalarbeitszeit wird verkürzt. Das betrifft besonders die oft überdurchschnitt-

lich lange Arbeitszeit von Männern mit hoher Qualifikation. Frauen, die oft gegen ihren Willen verkürzt arbeiten müssen, bekommen auf Wunsch die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit einem neuen verkürzten Normalarbeitstag anzunähern.

- Für Abweichungen von Tages- und Wochenarbeitszeiten von der neuen Normalarbeitszeit werden Ausgleichszeiträume tariflich vereinbart.

Erst die Erfahrung wird zeigen, ob und wie weit und unter welchen Bedingungen eine größere Zahl von Menschen ein Arbeitsleben bevorzugen wird, zu dem freiwilliger und sozial abgesicherter Wechsel zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Eigenarbeit gehört. Die Chance dafür sollte eröffnet werden.

Einen wichtigen Rückhalt für solchen Wechsel könnte die schrittweise Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung bieten. Darüber wird mit ganz unterschiedlichen Interessen und Zielen diskutiert. Nach den Vorstellungen auf der Unternehmerseite, in der CDU/CSU und FDP sollte ein Grundeinkommen oder Bürgergeld in der Höhe möglichst noch abzusenkender Sozialhilfe ein Auffangnetz gegen Lebensrisiken auf niedrigstem Niveau sein und zwei Funktionen haben: Menschen durch die Dürftigkeit dieser Zahlung zur Annahme von Niedriglohnarbeit zu zwingen und die tatsächliche Sicherung gegen Lebensrisiken ihrer privaten Eigenvorsorge zu überantworten – ob durch Privatversicherung und Zuzahlung im Gesundheitswesen oder durch private Rentenversicherung. Wie das allerdings die Millionen Menschen anstellen sollen, deren Einkommen nur knapp den alltäglichen Lebensunterhalt deckt, bleibt das Geheimnis derer, die diese Rezepte verkünden, selbst aber über hohe Einkommen und Vermögen verfügen und hohe Abfindungen erhalten, wenn sie aus bisherigen Positionen ausscheiden. Allenfalls ist ihre Antwort, dass niedrige Sozialeinkommen ein starker Leistungsanreiz seien. Bis zu Ende gedacht ist ihre Überlegung: »Je ärmer desto kreativer«. Dies ist empirisch falsch: Schöpfertum braucht ein sicheres soziales Umfeld.

Die hier vertretene Forderung nach der schrittweisen Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grund-

Bedarfsorientierte Grundsicherung

sicherung oberhalb der relativen Armutsgrenze (derzeit 750 Euro) als Bürgerrecht würde dagegen Armut und Not ausschließen. Sie würde den freiwilligen zeitweiligen Ausstieg der einen aus der Erwerbsarbeit zugunsten anderer Arbeit Suchender erleichtern. Sie würde ein Nein von Lohnabhängigen zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen und Löhnen begünstigen, ohne gleich einen sozialen Absturz zu riskieren. Die Kämpfe um eine gerechtere Einkommensverteilung würden gestärkt werden.

Eine solche Grundsicherung sollte zunächst für soziale Gruppen in besonders bedrängter Lage eingeführt werden, etwa für Alleinstehende mit Kindern, für bedürftige Kranke, für Arbeitslose. Und sie würde auf einem höheren Niveau als bereits gegenwärtig durchgesetzt für Ältere ausgestaltet werden, deren Versicherungsschutz zu menschenwürdigem Leben nicht ausreicht. Gegenwärtig gibt es in Deutschland 1,1 Millionen Kindern, die schon in Haushalten unterhalb der Armutsgrenze leben. Mit der Verwandlung der Arbeitslosenhilfe in ein Arbeitslosengeld auf dem Niveau der Sozialhilfe wird sich diese Zahl noch auf 1,5 Millionen erhöhen. Deshalb fordern der Kinderschutzbund und der Paritätische Wohlfahrtsverband eine eigenständige altersabhängige Kindergrundsicherung.

Eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Bürgerrecht könnte eines der Einstiegsprojekte in einen nach dem Maß der Gerechtigkeit erneuerten Sozialstaat werden. Einem reichen Land wie der Bundesrepublik könnte das abgerungen werden.

Zwischenfazit

Ein beträchtlicher Teil der fehlenden Arbeitsplätze müsste dadurch gewonnen werden, dass die Arbeit künftig gerechter unter alle Arbeit Suchende, gleichermaßen unter Männer und Frauen, verteilt wird.

Das ist durch die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, durch mehr Teilzeitarbeit, aber auch durch freiwilligen zeitweiligen Ausstieg aus der Erwerbsarbeit in bestimmten Lebensphasen möglich – in jedem Falle bei hochwertiger sozialer Absicherung.

Die schrittweise Einführung einer Grundsicherung als Bürgerrecht würde eine solche selbstbestimmte Flexibilität erleichtern und die Verhandlungsmacht der Lohnabhängigen gegen das Kapital stärken.

Solidarische Ökonomie von unten

Zu den erst in Anfängen erkundeten Alternativen in der Arbeitswelt gehört eine solidarische Ökonomie von unten. (ECONOMIC SOLIDARITY GROUP OF QUEBEC, 2003: 91 ff.; BAUHAUS DESSAU, 1996; KLEIN, 2003: 316 ff.) Weltweit gelten mehr als zwei Milliarden Menschen vom Standpunkt der Marktregeln als überflüssig. Ihre Arbeitskraft wird nicht gebraucht. Ihre Kaufkraft ist für die Märkte fast oder gänzlich belanglos. Selbst in Europa leben 36 Millionen Menschen dauerhaft in prekären Verhältnissen am Rande der Gesellschaft (EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2004: 152). Der Markt ist ihr Verderben, nicht ihre Rettung. Der »aktivierende Staat« übt Druck auf sie aus, Arbeit zu fast jeder Bedingung anzunehmen – aber selbst solche Arbeit ist für Millionen gar nicht da. Sie sollen eine »zweite Chance« bekommen. Aber schon eine erste ist für wachsende Teile der Bevölkerung nicht zu haben.

Weltweit können rund 870 Millionen Menschen ohne Arbeit oder in extremer Unterbeschäftigung nicht darauf warten, durch Märkte, von denen sie für lange Zeit ausgeschlossen sind, von verfallenen Staaten oder von reichen Ländern auf wundersame Weise Arbeit zu bekommen. Gerechtigkeit ist kein Segen von oben. Sie muss von unten erobert werden. Das ist die Philosophie einer solidarischen Ökonomie, in der Selbstbestimmung und Konsenssuche, Kooperation und Gleichberechtigung wichtige Werte sind.

Öffentlicher Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung

Die Überlegungen zu den Möglichkeiten einer alternativen Arbeitspolitik zeigen: Die Auffassung, dass der Gesellschaft die Arbeit ausgegangen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Wahr ist allerdings, dass viele zukunfts-trächtige Arbeitsfelder wie das Gesundheitswesen, die Bildung und große Teile der kulturellen Sphäre, des Umweltschutzes, des öffentlichen Nahverkehrs und der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser nicht oder wenig profitabel sind.

Eine solidarische Ökonomie kann auf unterschiedliche Weise entstehen und hat viele Gesichter: Verwandlung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM und SAM) in selbstbestimmte, langfristig geförderte Projekte; Nutzung kommunaler Mittel für die Bildung von Kiez-, Sozial- und anderen Genossenschaften, deren Träger bisher Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger sind; Projekte gemeinsamer alternativer Lebens-, Arbeits- und Wohnformen; Tauschringe; regionale Beschäftigungsprojekte; Bündelung lokalen und regionalen Wissens in Kommunalen Foren zu gemeinnützigen Projekten und neuen Beschäftigungsfeldern; Nachbarschaftsläden zur Förderung ökonomischer Selbsthilfe vor Ort; Bewohnerbeteiligung an Stadtteilsanierungsvorhaben; Landnahme durch Bewegungen landloser Bauern wie in Brasilien.

Private oder öffentliche Güter

Öffentliche Güter sind solche, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen wird und an denen alle Menschen ohne Zahlung teilhaben können: Luft, Seen, Wälder, Fauna und Flora, Sicherheit vor Gewalt und unter entwickelten sozialstaatlichen Bedingungen u. a. medizinische Leistungen, Bildung und Kultur.

Abermals stoßen wir darauf, dass die Vorherrschaft des Profits als Entscheidungsmaßstab gesellschaftlicher Entwicklung zum Hemmnis geworden ist. Natürlich können auch Gesundheit, Bildung und Kultur weitgehend privatisiert und kommerzialisiert nach betriebswirtschaftlichen Kriterien organisiert werden. Dann ist aber extreme soziale Ungleichheit im Zugang zu entscheidenden Lebensbedingungen die Folge, weil viele nicht das Geld haben, das nach marktradikaler Vorstellung den Zugang zu Gesundheit und Bildung und möglichst zu allen Sphären des Lebens regeln soll.

Wesentliche Bereiche der Gesellschaft, in denen die Privatwirtschaft – gemessen am Maßstab der Gerechtigkeit – prinzipiell versagt, müssen durch den öffentlichen Dienst oder durch öffentlich geförderte Beschäftigung verantwortet werden.

Die Alternative zur Unterwerfung aller Lebenssphären unter das Profitprinzip liegt auf der Hand. Eine Reihe wesentlicher Lebensbedingungen oder Freiheitsgüter sind in den Kämpfen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen von einst privaten Gütern in der exklusiven Verfügung der Reichen und Wohlhabenden in öffentliche Güter verwandelt worden, für die der Staat und gesetzliche Versicherungssysteme allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang garantieren. Als Tendenz trifft dies beispielsweise auf medizinische und Bildungsleistungen zu. Doch in den letzten Jahrzehnten wirkt eine massive Gegentendenz. Gesundheitsleistungen werden zur Ware, deren Preis zunehmend von den Patienten gezahlt werden muss. Diese werden aus hilfsbedürftigen Menschen in bloße Kostenfaktoren verwandelt. Dass öffentlich erwogen wird, von welchem Alter an z. B. Hüftoperationen Bedürftigen verweigert werden sollten, weil sie sich nicht mehr »rechnen«, ist nicht allein eine Entgleisung Einzelner. Sie sprechen nur aus, nach welcher Logik und in welche Richtung sich das Ganze bewegt.

Von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, wohl aber in den kapitalismuskritischen globalen Bewegungen als große Gefahr erkannt, existiert seit 1994 im Rahmen der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation/WTO) das Allgemeine Abkommen über den

In den politischen und sozialen Kämpfen wird entschieden, was zu den öffentlichen Gütern zählt und welche Güter nur durch Geld unter Ausschluss der nicht Zahlungsfähigen zu erwerben sind.

GATS: die Privatisierungsfälle

Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services/GATS). Es kommt harmlos und schleichend einher (GEORGE, 2001; KAUL/GRUNBERG/STERN, 1999). Es enthält die internationale Vereinbarung, dass nationalstaatliche Schranken für grenzüberschreitende Dienstleistungsangebote beseitigt werden müssen.

Offene Wirtschaft – wer sollte etwas dagegen haben? Kein beteiligter Staat darf steuerlich, durch Subventionen oder sonst irgendwie seine eigenen Dienstleistungserbringer gegen ausländische Anbieter begünstigen. Vorteile, die er ihnen gewährt, muss er auch ausländischer Konkurrenz einräumen. Und wenn er sich dadurch überfordert sieht, hat er im Namen der »Gleichbehandlung« die öffentliche Finanzierung oder Förderung beispielsweise von Krankenhäusern, Schulen, Kinderbetreuung, Universitäten, Wasserversorgung und Nahverkehr eben zu unterlassen. Ausländischen Dienstleistern darf ferner der Marktzutritt nicht durch Einfuhrhemmnisse erschwert werden. Weltweite Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs heißt das. Gleiches Recht für alle! Freier Wettbewerb, der die Preise für Dienstleistungen senken soll – zum Vorteil der Kunden!

Doch da eben zeigt sich schon der Pferdefuß: zum Vorteil der Kunden?! In den (Noch-) Sozialstaaten Westeuropas ist beispielsweise der Patient bisher eigentlich – in der Regel – noch kein Kunde; die Gesundheitsleistungen sind überwiegend noch keine Ware. Wir haben es – noch – mit Bürgerinnen und Bürgern zu tun, die ein Recht auf medizinische Betreuung haben. Nun allerdings sollen die Bürger in Kunden verwandelt werden. Und an die Stelle des Rechts auf öffentliche Daseinsvorsorge für Gesundheit und Bildung und allerlei mehr soll nun das Geld treten – das bekanntlich nicht sonderlich gleich unter die Menschen verteilt ist. Das Prinzip wirft seine Schatten schon voraus: die Zwei-Klassenmedizin ist schon im Entstehen. Die zwischen Regierung und CDU/CSU im Sommer 2003 ausgehandelte Gesundheitsreform soll 2007 öffentliche Gesundheitskosten in Höhe von 23,1 Mrd. Euro einsparen, rund 20 Milliarden davon zu Lasten der Versicherten! (SCHNEIDER/SCHMACKE, 2003: 1083)

Nach dem Maßstab von GATS ist die öffentliche Finanzierung von Krankenhäusern eine Benachteiligung priva-

**Vom Bürger
zum Kunden**

**Vom Bürgerrecht
zum Geld**

ter Anbieter im Gesundheitswesen und das Solidarprinzip »Reiche unterstützen Arme – Gesunde unterstützen Kranke« eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten privater Versicherer. Und derlei gehört abgeschafft zu werden.

In den nach GATS-Regeln gleichzustellenden Privatkliniken als Niederlassung beispielsweise amerikanischer bzw. transnationaler Klinikunternehmen wäre die Tätigkeit von Personal aus anderen Ländern zu gewährleisten – dem Buchstaben nach zu den hierzulande geltenden Bedingungen –, de facto mit Zeitverträgen, gewerkschaftlich nicht organisiert, marktfixierter Effizienzlogik unterworfen und geeignet, Druck auf die inländischen Arbeitsbedingungen auszuüben (FRITZ 2003: 42 ff.; GEORGE 2001: 58 ff.).

Zu dem Druck durch Ebbe in den Staatskassen in die Richtung von Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Daseinsvorsorge wird künftig der organisierte internationale Druck durch die GATS-Vereinbarungen kommen, immer mehr Bereiche bisher öffentlicher Güter dem Profitmaßstab auf den Märkten zu unterwerfen.

Reform und Verteidigung öffentlicher Beschäftigung

Die Verteidigung öffentlicher Beschäftigung zur Sicherung einer bürgernahen öffentlichen Daseinsvorsorge wird in den Auseinandersetzungen um Lebensqualitäten und Arbeitsplätze künftig erheblich an Bedeutung gewinnen.

Eine solche Politik der Verteidigung und des Ausbaus des öffentlichen und des Dritten Sektors schließt Reformen zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen ein, die auch Arbeitsplätze kosten könnten. Doch im Gesundheitswesen, in Bildung, Pflege, Betreuung, Kultur, Breitensport, Umweltschutz und Gewährleistung öffentlicher Sicherheit werden gemessen an den ungelösten Aufgaben entschieden mehr Kräfte gebraucht. Dabei ist es oft auch vorteilhaft, private oder genossenschaftliche Anbieter in öffentliche garantierte Daseinsvorsorge – ob für Bildung oder Information, öffentlichen Nahverkehr oder Wasserversorgung und Müllentsorgung – einzubeziehen, wenn sie den gleichen Anforderungen wie öffentliche Anbieter unterworfen sind.

Öffentlich geför- derte Beschäfti- gungssektoren

Längst hat sich herausgestellt, dass viele wichtige Aufgaben am besten in einem Dritten Sektor zwischen Privatwirtschaft und Staat wahrgenommen werden können.

Seine Träger sind autonome Wirtschaftsakteure, die Projekte und Unternehmen in eigener Verantwortung leiten. Dieser Sektor hat in der Regel Non-Profit-Charakter. Er nimmt sehr oft erfolgreich gemeinnützige Aufgaben wahr, vor denen privates Kapital wegen mangelnder Profitträchtigkeit zurückschreckt. Er wird finanziell durch die öffentliche Hand gefördert. Das muss einen effizienten Einsatz der Ressourcen und kann die Eigenwirtschaftung eines Teils der Kosten über Preise und Gebühren für die bereitgestellten Güter und Leistungen durchaus einschließen. Dieser Sektor ist nicht bloßer Ersatz für Defizite privatwirtschaftlicher und staatlicher Wohlfahrtsleistungen und Kulturangebote; er ist ein Raum, in dem eine Vielfalt von Projekten, Bürgerinitiativen und Firmen in eine Kombination von nicht marktformiger Erwerbsarbeit und freiwilliger ehrenamtlicher Tätigkeit mündet.

Die arbeitspolitische und wirtschaftliche Bedeutung dieses Sektors ist schon gegenwärtig beachtlich. Sein Umsatz betrug Mitte der 90er Jahre in 22 untersuchten Ländern – darunter USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Niederlande und Israel – 1,1 Billion Dollar. Das ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt Kanadas oder Spaniens. Im Non-Profit-Sektor dieser 22 Länder sind 19 Millionen Menschen in regulären Arbeitsverhältnissen beschäftigt, in Deutschland weit mehr als 2 Millionen.

Ein beschäftigungsorientierter öffentlich geförderter Dritter Sektor kann im Rahmen von Reformalternativen große Bedeutung für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen gewinnen. Er kann zu einem starken Gegengewicht gegenüber Privatisierung und Kommerzialisierung werden – als Sphäre selbstbestimmter Arbeit zur Bereitstellung von Gütern oder Leistungen, die ihrer Natur gemäß nicht nach Profitmaßstäben angeboten werden sollten. Befreit von Profitzwängen bietet er Chancen für Mitbestimmung und Kooperation, soziale und technische Innovationen, für regionale Wirtschaftskreisläufe, Geschlechtergerechtigkeit und Unterstützung kommunaler Selbstverwaltung.

Er entwickelt sich – wie die Realität beweist – mitten in der bürgerlichen Gesellschaft mit beachtlichem Tempo

Anteil der Sektoren i.v.H. an der Gesamtbeschäftigung in sozialen Diensten und im Gesundheitswesen

	Soziale Dienste	Gesundheitsdienste
Marktsektor	65,5	34,4
Dritter Sektor	22,1	48,8
Öffentlicher Dienst	16,7	16,8

QUELLE: NIELANDT 2000: 67

und bietet Ansätze, die über deren kapitalistische Maßstäbe hinausweisen können.

Eine weitere Zwischenbilanz ergibt:

Da entscheidende Felder unverzichtbarer Arbeit für die Gesellschaft privatwirtschaftlich oft nicht als genügend profitabel angesehen werden, kommen der Selbstorganisation einer solidarischen Ökonomie von unten und dem öffentlichen Dienst gegenwärtig und in Zukunft große Bedeutung für die Sicherung von Arbeitsplätzen zu. Öffentlich geförderte Beschäftigung in Non-Profit-Sektoren könnte künftig eine noch weit größere Bedeutung für den Arbeitsmarkt gewinnen.

Aber viele Arbeitsplätze in beiden Sphären sind gefährdet. Privatisierung und Kommerzialisierung verwandeln öffentliche Güter wie Gesundheit, Bildung, Kultur und Umweltschutz in Waren und unterwerfen sie dem Effizienzdenken nach Profitmaßstäben. Das Resultat ist der Abbau vieler Arbeitsplätze.

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und von Arbeitsplätzen erfordert, sinnvolle öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung zu verteidigen und in wichtigen Bereichen auszuweiten. Sie setzt auf die Tagesordnung alternativer Politik, dass die Betroffenen die Organisation von Arbeit und Arbeitsplätzen auf vielen Feldern vor Ort in die eigenen Hände nehmen.

Arbeit und Bildung

Auf welchen Wegen auch immer die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können – immer wird Bildung zu den elementaren Voraussetzungen für chancenreiche Teilhabe an Erwerbsarbeit gehören. Arbeit und Bildung gehören in einer wissenschaftsintensiven Gesellschaft mehr denn je zusammen. Wer Arbeit sucht und nur geringe Qualifikation vorweisen kann, hat häufig schon verloren und wird künftig noch schlechtere Karten haben, bevor er oder sie die Suche auf dem Arbeitsmarkt begonnen hat. Bildung ist die Eintrittskarte zu einer Arbeit, von der es sich menschenwürdig leben lässt, für Mitbestimmung in der Arbeitswelt und für die Selbstbehauptung dort. Von den Langzeitarbeitslosen in der Bundesrepublik sind rund 40 Prozent wenig qualifiziert.

Deshalb kommt in alternativen Vorstellungen über künftige Arbeitsverhältnisse der Bildung eine erstrangige Rolle zu. Wenn für eine zukunftsfähige Arbeitspolitik das Leitbild der selbstbestimmt und solidarisch handelnde Mensch in sozialer Sicherheit ist, dann gehört zu den Bedingungen dieser Sicherheit und Selbstbestimmtheit in erster Linie Bildung für jede und jeden auf der Höhe der Zeit.

Im Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Leben statt gelebt zu werden« beginnt der Entwurf für einen sozial-ökologischen Umbau der Arbeitswelt aus guten Gründen mit Gedanken über eine demokratische Bildungsreform (siehe ausführlich dazu: KLEIN, 2003: 168 ff.). In der hier vorliegenden Schrift münden alle Überlegungen in die Forderung nach sozial gleicher Teilhabe aller an hochwertiger Bildung. Davon ist die Bundesrepublik jedoch weit entfernt. Bildungs- und Sozialpolitik müssen zusammenwirken, um die skandalöse um sich greifende Kinderarmut und schwerwiegende Nachteile für Heranwachsende aus benachteiligten Familien zu überwinden.

Dringlich ist, in Kindergärten und Vorschule zu beginnen. Mit flächendeckender Sicherung von Kindergartenplätzen – kostenlos für sozial Schwächere – und mit dem Auftrag unter anderem, allen Schulanfängern ein ausreichendes Sprachniveau zu vermitteln. Vor allem für Kinder aus eingewanderten Familien, aber auch für deutsche Kinder, die in Armut oder in Elternhäusern aufwachsen, wo Eltern nur über eine geringe schulische oder berufliche Bildung verfügen, ist die Überwindung ihrer sprachlichen Nachteile durch besondere Förderung entscheidend für die gesamte weitere Entwicklung.

Eine demokratische Reform der Bildung muss die frühzeitige Trennung von dem Anschein nach mehr Begabten und weniger Leistungsfähigen durch eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit aller Kinder und Jugendlichen ersetzen. Schwächere Schülerinnen und Schüler können dadurch von stärkeren mitgezogen werden, die das Lernklima positiv beeinflussen. Tätige Solidarität in der Schule ist Bedingung eines solidarischen Engagements in der Gesellschaft. Entschieden mehr Ganztagschulen bieten besonders gute Möglichkeiten

Im Durchschnitt der Bundesrepublik stehen nur für 13 Prozent der Kinder im Vorschulalter Betreuungseinrichtungen zur Verfügung. Im Berliner Stadtteil Wedding beispielsweise beherrschen drei von vier Eingeschulten das Deutsche nicht oder nicht ausreichend. Ein Schulabgang ohne Schulabschluss ist vorprogrammiert und führt in die Arbeitslosigkeit. 40 Prozent der türkischen im Verhältnis von 8 Prozent der deutschen Schulabgänger sind ohne Ausbildungsplatz. DER SPIEGEL, NR. 20/2002: 99/100

für die Förderung Bildungsbenachteiligter und besonders Begabter.

Ein humanistisches Bildungswesen, das jungen Menschen mit guter Allgemeinbildung zugleich den Wert von Freiheit, Gleichheit und Solidarität vermittelt und sie zu Verantwortung, Gemeinschaftssinn und Toleranz ermuntert, wird nur gegen Bestrebungen zur Privatisierung auch des Bildungswesens durchzusetzen sein. Für die spätere Selbstbehauptung in der sich ständig wandelnden Arbeitswelt ist der Erwerb von Fähigkeiten zum selbständigen Aneignen von neuem Wissen und von Kompetenzen zur Beherrschung moderner Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten besonders wichtig.

Dringlich ist, den unerträglichen Zustand in Deutschland zu überwinden, dass in der Altersgruppe der 20- bis 29-jährigen 1,3 Millionen junge Menschen, das heißt 11,6 Prozent, ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind und kaum Chancen im Arbeitsleben haben. Allen Jugendlichen muss das Recht auf berufliche Ausbildung und nach Abschluss der Berufsausbildung für bestimmte Zeit ein angemessener Arbeitsplatz garantiert werden. Viele Ausbildungsgänge müssen neuen zukunftsfähigen Qualifikationsanforderungen angepasst und anspruchsvoll weiterentwickelt werden. Unabhängig von persönlicher Zahlungsfähigkeit sollte allen das Recht und die reale Möglichkeit zustehen, sich während des ganzen Lebens weiterbilden zu können.

Fazit

Die Arbeitslosigkeit kann zurückgedrängt und überwunden werden. Das ist das Resultat der hier vorgelegten Gedanken. Zwischen dieser Aussage und den aus Erfahrungen gespeisten Ängsten der Bevölkerungsmehrheit vor anhaltender und noch wachsender Arbeitslosigkeit besteht eine tiefe Differenz. Sie kann aufgelöst werden, wenn Beschäftigte und Arbeitslose den herrschenden Glauben abschütteln, dass alles so weiterlaufen muss, wie es gegenwärtig läuft. Wenn sie gemeinsam Schritte erproben, die aus der Sackgasse gegenwärtiger Politik herausführen. Hier wurde nichts vorgeschlagen, was nicht an gegenwärtigen Ansätzen für sozialen Wandel anknüpfen könn-

te: an der Dringlichkeit besserer Bildung und des ökologischen Umbaus beispielsweise, am Förderbedarf kleiner Unternehmen, an den Perspektiven des Gesundheitswesens als Wachstumssektor, an dem Jahrhunderttrend zur Arbeitszeitverkürzung und an guten Erfahrungen mit der Ausweitung des Dritten Sektors, an den Forderungen kapitalismuskritischer sozialer Bewegungen nach Besteuerung spekulativer Kapitalgewinne und an dem Bedarf nach mehr Haushaltseinnahmen.

Das Ungewöhnliche der hier vertretenen Konzeption für einen emanzipatorischen Umbau der Arbeitswelt ist jedoch, dass kleinere realisierbare Schritte in Zusammenhang mit einer grundsätzlich anderen, alternativen Perspektive des Umgangs mit dem gesellschaftlichen Problem Arbeitslosigkeit gebracht werden. Üblich ist, Lösungen durch eine noch perfektere Anpassung der Einzelnen an eine nicht in Frage zu stellende Logik der profitbestimmten Ökonomie zu suchen: Senkung der Löhne, Senkung der Sozialstandards und damit der Lohnnebenkosten, Mobilität um fast jeden Preis, Anpassung an die Weltmarktwänge auf der ganzen Linie, Flexibilität und Funktionalität der Einzelnen nach diesem Maßstab und basta!

Dagegen wurde hier gefragt, wieso um alles in der Welt es sinnvoll sein soll, sich funktional zu Marktwängen zu verhalten, die selbst nicht funktionieren. Zumindest nicht nach dem Maßstab sozialer Gerechtigkeit und eines friedlichen Überlebens in Einklang mit der Natur und auch nicht nach dem Maß, dass jeder Frau, jedem Mann und jedem Kind ein Leben in sozialer Sicherheit zusteht, eben weil sie Menschen sind. Individualität statt Funktionalität lautet das hier vertretene Grundprinzip: dass allen ein Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit zustehen soll, dass sie selbst über die ihnen gemäße Kombination und Erwerbs- und Eigenarbeit entscheiden sollten, dass dies für Frauen und Männer in gleicher Weise gelten muss und dass nach und nach ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen den Rückhalt für ein selbstbestimmtes Leben in Solidarität und sozialer Sicherheit geben kann. Es ist eine Vision, die entscheidend zur Lösung auch der ökonomischen Stagnation in der Bundesrepublik beitragen kann, wie hier gezeigt wurde. Realisierba-

Wir bitten Euch aber:
Was nicht fremd ist,
findet befremdlich!
Was gewöhnlich ist,
findet unerklärlich!
Was da üblich ist,
soll Euch erstaunen!
Was da die Regel ist,
das erkennt als
Mißbrauch.
Und wo Ihr Mißbrauch
erkannt habt,
Da schafft Abhilfe!
BERTOLT BRECHT

re Schritte werden in den präsentierten Alternativen mit einer Vision verbunden, weil in Zeiten großer Brüche eben mit dem Gewohnten und nicht mehr Tauglichen gebrochen werden muss.

Das Normale in der öffentlichen Diskussion ist, dass die Beteiligten jeweils unterschiedliche einzelne Zugänge zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund stellen und andere Möglichkeiten in der Regel beiseite lassen. Das Normale stimmt uns bedenklich. Die Regel verspricht keinen Erfolg. Hier wurde ein Gesamtkonzept, ein Bündel von Wegen zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung vorgelegt, weil ein hyperkomplexes Problem nicht auf unterkomplexe Weise zu bearbeiten ist. Das macht die Sache nicht einfach. Jedoch – »leben statt gelebt zu werden«, dies ist eben nicht einfach.

Die erste entscheidende Bedingung dafür ist, das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der heute vorherrschenden Politik und den ihr zugrunde liegenden ökonomischen Machtstrukturen abzuschütteln. Die Voraussetzung eines politischen Richtungswechsels ist die Selbstermächtigung derer zu alternativem Handeln, die die Gefahren eines »Weiter so« erkennen.

Richtungswechsel erfordert zum ersten, zum zweiten und zum dritten die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Dies wird zur zentralen Aufgabe aller sozialen Kräfte, die eine Gesellschaft des Friedens zwischen den Völkern und mit der Natur, sozial gleicher Teilhabe an Arbeit, Bildung, Kultur, Gesundheit sowie sozialer Sicherheit und der Solidarität mit den Armen und Ausgegrenzten rund um den Erdball wollen.

Einst schrieb Bertolt Brecht:

Brüder, mit dieser Frage
Will ich gleich beginnen.
Hier aus unsrer schweren Lage
Gibt es kein Entrinnen.
Freunde, ein kräftiges Eingeständnis
Und ein kräftiges Wenn nicht...

Wenn nicht eine breite Vernetzung der Linken mit anderen demokratischen Kräften gelingt, wenn die unter-

schiedlichen Akteure gesellschaftlichen Wandels nicht aus ihren Begrenzungen heraustreten und aufeinander zugehen, wenn sich die verschiedenen Kulturen des Widerstandes nicht miteinander verbinden und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen – dann werden alle alternativen Reformvorstellungen über eine gerechte Welt Makulatur und die Zukunft bedrohlich bleiben.

Wenn aber viele der von den Ungerechtigkeiten der profitdominierten Gesellschaft Betroffenen und der mit ihnen Solidarischen sich aufmachen, um den eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit zu folgen – dann werden sich in der gemeinsamen Suche nach Auswegen die Chancen einer anderen Welt abzeichnen. Dann könnte in machbaren Reformen der Gegenwart Schritt für Schritt die Vision von der Freiheit jeder und jedes Einzelnen eingeholt werden, das eigene Leben in sozialer Sicherheit selbst zu bestimmen.

Literatur

- BERGMANN, JOACHIM/BÜRCKMANN, ERWIN/
DABROWSKI, HARTMUT, 2002: Krisen und Krisener-
fahrungen. Einschätzungen und Deutungen von Be-
triebsräten und Vertrauensleuten. In: Supplement der
Zeitschrift Sozialismus. Nr. 4
- BRENNER, ROBERT, 2003: Schwungvoll auf Talfahrt. In:
Lettre international. Frühjahr 2003
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIAL-
ORDNUNG (Hrsg.), 2001: Der erste Armuts- und
Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin
- DEPPE, HANS-ULRICH, 2003: Weil du arm bist, musst
du früher sterben. In: Sozialismus. Heft 9
- DGB-BUNDESVORSTAND, 2001: Zur Einkommensent-
wicklung in Deutschland: Arbeitnehmerschaft seit
1991 stetig gesunken. Berlin
- DIW Berlin, 2004: Grundlinien der Wirtschaftsentwick-
lung 2004/2005. In: Nr. 1/2
- EICHENGREEN, BARRY/KENEN, PETER B., 1994: Ma-
naging the World Economy under the Bretton Woods
System: An Overview. In: Kenen, Peter B. (Hrsg.): Ma-
naging the World Economy Fifty Years after Bretton
Woods. Washington
- ECONOMIC SOLIDARITY GROUP OF QUEBEC, 2003:
Resist and Build. In: Fisher, William F./ Ponniah, Tho-
mas: An other World is possible. London/ New York
- EUTOPÄISCHE KOMMISSION, 2003: Die soziale Lage
in der Europäischen Union. Brüssel
- FORRESTER, VIVIANE, 1997: Der Terror der Ökonomie.
Wien
- FRITZ, THOMAS, 2003: Die letzte Grenze. GATS: Die
Dienstleistungsverhandlungen in der WTO. Sach-
stand, Probleme, Alternativen. Berlin
- FRITZ, THOMAS/SCHERRER, CHRISTOFF, 2002:
GATS: Zu wessen Diensten? Hamburg
- GEORGE, SUSAN, 2002: WTO: Demokratie statt Dracu-
la. Für ein gerechtes Welthandelssystem. Hamburg
- GIDDENS, ANTHONY, 1998: Der dritte Weg. Frank-
furt/Main

- GORE, AL, 1992: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt/Main
- HUFFSCHMIDT, JÖRG, 1999: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg
- KAUL, INGE/GRUNBERG, ISABELLE/STERN, MARC A. (Hrsg.), 1999: Global Public Goods. International cooperation in the 21st century. New York
- KLEIN, DIETER (Hrsg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Berlin
- KRUGMAN, PAUL, 2002: Der amerikanische Albtraum. In: Die Zeit Nr. 46. Hamburg
- KURBUWEIT, DIRK, 2003: Unser effizientes Leben. Die Diktatur der Ökonomie und ihre Folgen. Reinbek bei Hamburg
- LYNCH, MARILL/CAP GEMINI ERNST & YOUNG, 2001: German Wealth Report 2000. New York
- NIELAND, JÖRG, 2000: Wandel und Perspektiven des Dritten Sektors. In: Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive. Münster
- SCHNEIDER, WERNER/SCHMACKE, NORBERT, 2003: Die Reform der Reformen. Zur ordnungspolitischen Neujustierung des Gesundheitssektors. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 9
- SENNETT, RICHARD, 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin
- STIGLITZ, JOSEPH, 2003: Die Goldenen Neunziger. In: Lettre international. Frühjahr 2003-12-03
- URBAN, HANS-JÜRGEN, 2003: Die Zukunft des Sozialstaats. In: Sozialismus. Heft 10
- VER.DI, 2002: Steuervampire? Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung. In: Wirtschaftspolitische Informationen. Dezember
- VER.DI, 2003: »Lohnnebenkosten senken?« Schafft und sichert keine neuen Arbeitsplätze.
- WILLMAN, JOHN, 2001: Cleaning up. In: Financial Times (Europe) 21. Sept.
- ZIEGLER, JEAN, 2003: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München